



Verfassungsschutzbericht 2008

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Islamisten

Verfassungsschutzbericht 2008

Im Text finden Sie vielfach die Symbole  und 

Das Sinnbild „Buch“ verweist auf eine Fundstelle in diesem Verfassungsschutzbericht.

Das Symbol „Weltkugel“ bedeutet, dass es zu dem Thema weitere Informationen auf unseren Internetseiten gibt.

Unter <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz> finden Sie regelmäßig aktuelle Informationen über alle Arbeitsfelder des Hamburger Verfassungsschutzes.

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz (LfV)
Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Telefon: 040 / 24 44 43
Telefax: 040 / 33 83 60
Internet: <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz>
E-Mail des LfV:
poststelle@verfassungsschutz.hamburg.de
E-Mail Öffentlichkeitsarbeit:
info@verfassungsschutz.hamburg.de

Auflage 1.000
Juni 2009
Redaktionsschluss: Februar 2009

Satz/Layout, Grafik: Landesamt für Verfassungsschutz
Druck: Siepmann GmbH, Ruhrstr. 126, 22761 Hamburg

Verfassungsschutz in Hamburg

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Islamisten

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern ohne Islamisten

Linksextremismus

Rechtsextremismus

Scientology-Organisation

Spionageabwehr

Wirtschaftsschutz;
Geheim- und Sabotageschutz

Anhang

- Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz
- Abkürzungsverzeichnis
- Stichwortverzeichnis

II. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Islamisten

1. Entwicklungen und Schwerpunkte im Überblick



Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch den internationalen islamistischen Terrorismus hielt 2008 unverändert an, auch wenn im Gegensatz zu den Vorjahren im Berichtsjahr **in Deutschland keine konkreten Anschlagplanungen oder -vorbereitungen festgestellt** wurden und es zu keinen Anschlagversuchen kam. Die **Bundesrepublik Deutschland liegt**, wie andere westliche Industrienationen, aufgrund ihrer Beteiligung am weltweiten Antiterrorkampf und ihres auch militärischen Engagements in Afghanistan weiterhin **im Zielspektrum gewaltbereiter**






islamistischer Gruppierungen. Hervorzuheben ist vor allem die deutliche **Zunahme von Anschlägen, auch Selbstmordanschlägen, auf Angehörige der Bundeswehr in Afghanistan.**

Zwar sind in erster Linie muslimische Länder und dort u.a. Einrichtungen und Interessen westlicher

Staaten von terroristischer Gewalt betroffen, es muss aber weiter davon ausgegangen werden, dass al-Qaida (📖 5.2) oder andere mit ihr verbundene Terrorgruppen Anschläge in Europa und damit auch in Deutschland planen. Die Beobachtung des weltweiten Netzwerkes islamistischer Terroristen bleibt daher zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes. Neben der Beobachtung von Radikalisierungsprozessen, die bei einzelnen Islamisten auch in eine direkte Beteiligung an terroristischen Handlungen im In- und Ausland münden können, hat vor allem die Aufklärung entsprechender personeller Strukturen und Unterstützungshandlungen etwa in Form von finanziellen Leistungen, logistischer Unterstützung oder Propaganda höchste Priorität.


Auch in **Hamburg** leben Islamisten, die der **Jihad-Ideologie** anhängen (**Jihadisten**). Zu den sonstigen Gewalt befürwortenden Gruppen, die in Hamburg aktiv sind, gehören u.a. die multiethnische „Hizb ut-Tahrir“ (HuT,  6.1) und die „Türkische Hizbullah“ (TH,  6.4.2).

Eine **Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht aber auch von gewaltfreien islamistischen Organisationen** aus. Hier ist in erster Linie die mitgliederstärkste Organisation dieses Spektrums, die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG,  6.4.1), zu nennen. Zwar beteuert die IGMG, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen, es gibt jedoch weiterhin Anhaltspunkte für den Verdacht, dass sich an ihrer islamistischen Grundhaltung bisher nichts Entscheidendes verändert hat. Zumindest gilt dies für große Teile der IGMG in Deutschland, die sich insbesondere dem Führer der Milli Görüs-Bewegung, Necmettin ERBAKAN, weiterhin verbunden fühlen.

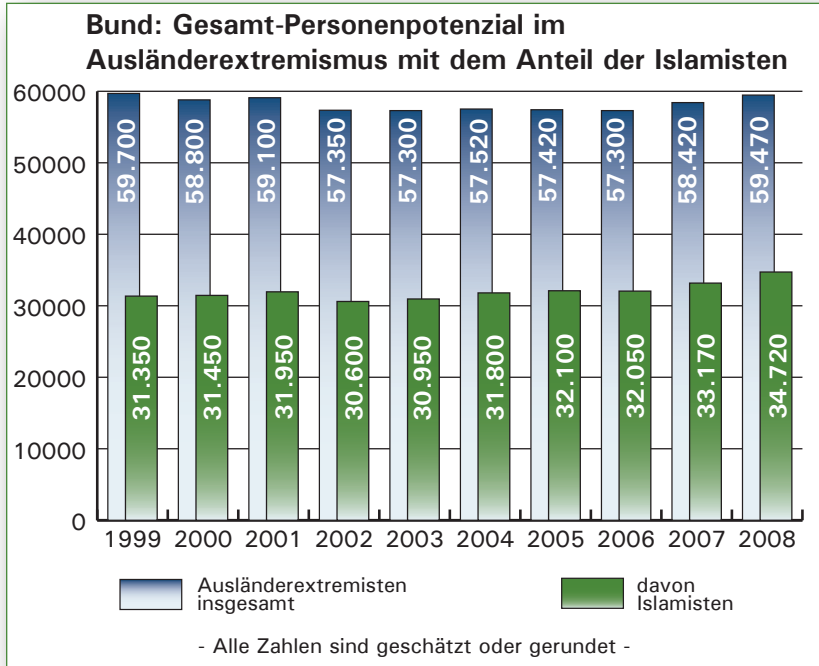
Neben den erwähnten sunnitisch-islamistischen Gruppen und Vereinigungen existieren in **Hamburg** auch **islamistische Strukturen schiitischer Ausrichtung**. Kristallisationspunkt der Schiiten ist das iranisch geprägte „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH ▶ Foto,  6.3.2). Hier verkehren auch Anhänger der schiitischen „Hizb Allah“ ( 6.2).



2. Potenziale

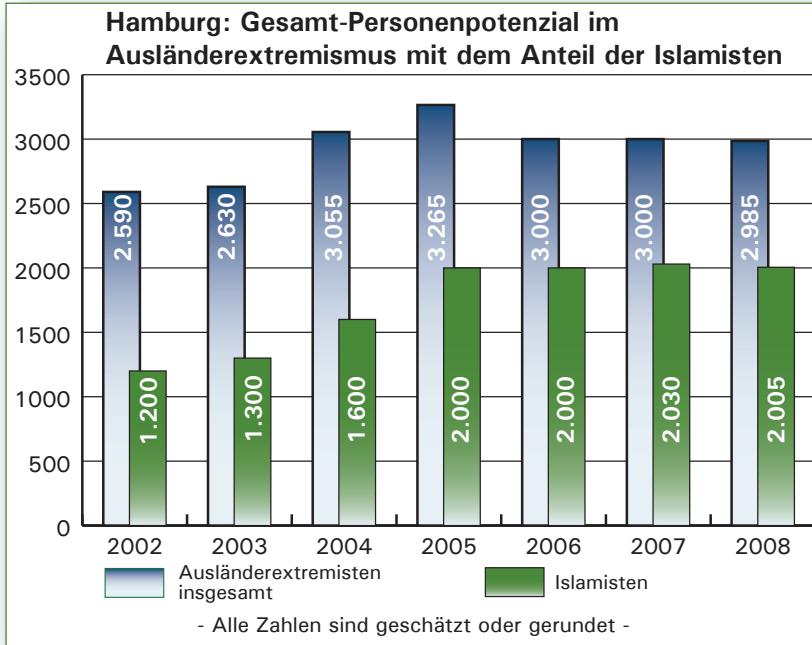
Das **bundesweite Potenzial** der Anhänger islamistischer Bestrebungen **hat sich auf 34.720 Personen** (2007: 33.170) **erhöht**. Diese Steigerung resultiert auch aus dem Anwachsen der Mitgliederzahl der türkischen IGMG ( 6.4.1), der 2008 etwa 27.500 Personen zugerechnet worden sind (2007: 27.000).

Diese Zahlen allein sind kein hinreichender Indikator für Gefahren, die von Islamisten für die innere Sicherheit ausgehen. Insoweit geht mit dem Anwachsen des Potenzials nicht automatisch eine höhere Gefährdung einher.



In **Hamburg** wurden - zum Stichtag 31.10.08 - **2.005** Personen dem islamistischen Potenzial zugerechnet (Vorjahr: 2.030). Davon gehören allein 1.600 der IGMG (📖 6.4.1) an, deren Mitgliederzahl in Hamburg gegenüber 2007 unverändert blieb. Der Teil des islamistischen Gesamtpotenzials, der als **gewaltbereit** eingeschätzt wird, umfasst **200 Personen** (2007: 210).

Informationen über extremistische Ausländer, die keine Islamisten sind, enthält das Kapitel III des vorliegenden Berichtes „**Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamisten)**“.



3. Politisch Motivierte Kriminalität (PMK)

Politisch motivierte Straftaten von Islamisten wurden 2008 in Hamburg nicht festgestellt. Die Relevanz politisch motivierter Kriminalität von Islamisten macht sich allerdings nicht an den Fallzahlen fest, sondern an der **möglichen Schwere eines gelungenen Anschlages**. Allerdings fallen Personen aus dem islamistischen Spektrum nicht selten durch **allgemein-kriminelle Delikte** auf. Da es zwischen dem islamistischen und dem allgemein-kriminellen Milieu **Schnittmengen** gibt, sind die Motive für die Straftaten (Schleusungen, Fälschungsdelikte u.a.) in diesem Bereich häufig nicht eindeutig zu klären.

4. Allgemeines

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder haben die gesetzliche Aufgabe, extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten. Hierzu gehören auch solche politischen

Bestrebungen, die sich auf den Islam berufen und daher als islamistisch bezeichnet werden. Dabei ist zwischen dem Islam als Religion und dem **Islamismus als Ideologie auf religiöser Basis** deutlich zu unterscheiden. **Islamisten streben die Übertragung ihrer als absolut gesetzten religiösen Werte und Ordnungsvorstellungen auf alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens an und stellen sich damit gegen die Werte und Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.**

Unterschiede zwischen den verschiedenen islamistischen Organisationen bestehen sowohl in ideologischer Hinsicht als auch in der Vorgehensweise, d.h. insbesondere in der Frage der Legitimation von Gewalt. Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden daher zwischen gewaltfreien und gewaltbereiten bzw. -befürwortenden Organisationen.

Gewaltfreie Organisationen stellen den größten Teil der Islamisten in Deutschland und in Hamburg. Ihr Ziel, die eigenen Vorstellungen vom Islam politisch umzusetzen, verfolgen sie mit legalen Mitteln. Aber auch sie streben eine Staats- und Gesellschaftsordnung an, die mit unserer Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.



Symbolfoto

Gewaltbefürwortende bzw. -bereite Organisationen rechtfertigen die Anwendung von Gewalt zum Erreichen politischer Ziele. Sie bejahen grundsätzlich die Legitimität des **bewaffneten Jihad (Heiliger Krieg)** als Mittel des politischen Kampfes. Neben al-Qaida (📖 5.2) und den mit ihr vernetzten Strukturen gehören regional verwurzelte Organisationen

wie die HAMAS (📖 6.2) oder transnational operierende Bewegungen wie die „Hizb ut-Tahrir“ (📖 6.1) zu diesem Spektrum. Das gilt auch für unorganisierte Gruppen und Einzelpersonen, die islamistisch motivierte Gewalttaten verüben oder gewalttätige Bestrebungen im In- oder Ausland unterstützen.

5. Internationaler islamistischer Terrorismus

5.1 Aktuelle Entwicklungen

Insbesondere die angespannte Bedrohungslage für die Bundeswehr in Afghanistan hat deutlich gemacht, dass Deutschland und deutsche Interessen zunehmend im Blickfeld islamistischer Gewalttäter stehen. 2008 wurden drei **gezielte Selbstmordattentate auf Bundeswehrangehörige** verübt. Während beim ersten Selbstmordanschlag am 31.08.08 außer dem Attentäter keine Personen zu Schaden kamen, wurden beim zweiten Anschlag am 20.10.08 ebenfalls in der Nähe von Kunduz im Nordosten Afghanistans zwei deutsche Soldaten und fünf afghanische Kinder getötet. Der Attentäter hatte sich mit einem Fahrrad, an dem ein Sprengsatz befestigt war, einem als Straßensperre eingesetzten deutschen Fahrzeug genähert und den Sprengsatz ausgelöst. Zu dem Anschlag bekannten sich die Taleban. Der letzte Selbstmordanschlag, bei dem deutsche Soldaten und Zivilpersonen verletzt wurden, ereignete sich am 16.11.08 in der Provinz Baghlan. Auch hierfür liegt eine Tatbekennung der Taleban vor.

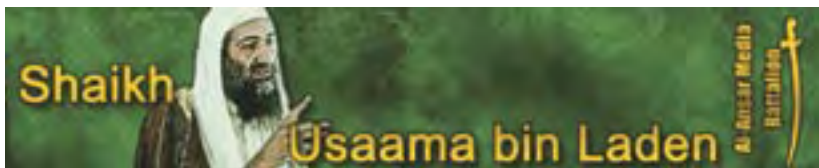
Auch wenn es in Deutschland 2008 zu keinen Anschlagversuchen kam, zeigen die hohe Zahl der Strafverfahren gegen Jihadisten und die Zahl der bisher vereitelten Anschläge in Deutschland, dass die gewaltbereite islamistische Szene keineswegs untätig ist.

Auch für Deutschland ist das Phänomen des sogenannten **home-grown terrorism** festzustellen. Die Sicherheitsbehörden registrieren innerhalb des islamistisch-jihadistischen Spektrums einen wachsenden Anteil von jungen Männern, die in Deutschland geboren und sozialisiert wurden, sowie von deutschstämmigen Konvertiten. Zwar ist bei all diesen Personen der ideologische Einfluss al-Qaidas nachweisbar, eine organisatorische Verbindung zu dieser oder anderen international operierenden terroristischen Gruppen besteht jedoch häufig nur indirekt. Zu beobachten ist, dass sich **bestehende Gruppen und Strukturen verselbständigen und teilweise völlig autonom agieren**, d.h. ohne unmittelbare Führung und Anleitung von außen.

Eine **wichtige Rolle für die ideologische Verfestigung solcher Strukturen spielt dabei das Internet**. Die Zahl islamistischer und islamistisch-terroristischer Internetseiten geht mittlerweile in die Tausende. Die

flutartige Verbreitung islamistisch-jihadistischer Propaganda ist ohne das Internet nicht vorstellbar. Damit wächst auch die Gefahr, dass hierfür anfällige Muslime indoktriniert und radikalisiert werden. Das Internet ermöglicht außerdem die Bildung **virtueller Netzwerke**, die durch zum Teil abgeschottete Diskussionsforen und Chats sowie E-Mail und Internet-Telefonie miteinander kommunizieren. Die dabei teilweise angewendeten **Verschlüsselungstechnologien** stellen die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen, zumal diese Kommunikationsmöglichkeiten auch für die Planung terroristischer Aktivitäten genutzt werden können.

Eine der wichtigsten Internetplattformen, in denen jihadistische Inhalte einschließlich konkreter Drohungen verbreitet werden, ist die „**Global Islamic Media Front**“ (**Globale islamische Medienfront, GIMF**), die seit Mai 2006 auch über einen deutschsprachigen Ableger verfügt. Im Juli 2008 schloss die deutschsprachige GIMF allerdings ihr Online-Forum. In einer am 21.07.08 veröffentlichten Erklärung schrieben die Verantwortlichen, dass die Nutzer das Forum für zu unsicher hielten und sich wegen der wenigen Interessenten die Fortführung des Forums nicht mehr lohne. Ersatz leisten sollte ein Blog, auf dem weiterhin Meldungen aus der Welt des militanten Jihad zu finden sein sollten. Der Rückgang der Nutzerzahlen und die daraus resultierende Schließung des Forums dürften maßgeblich auf die Verhaftung der ehemaligen GIMF-Verantwortlichen am 12.09.07 in Wien zurückzuführen sein (📖 5.6).



Neben der GIMF gehört das „**al-Ansar Media Battalion**“ (**AAMB**) zu den bekannteren jihadistischen Internetforen. Dort werden hauptsächlich Videos eingestellt, aber auch Texte von jihadistischen Ideologen. Generell ist zu beobachten, dass **verstärkt Anstrengungen** unternommen werden, **jihadistische Propaganda einem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen**. Die Verbreitung entsprechender Audio- und Videobotschaften nimmt weiter zu.

5.2 al-Qaida-Netzwerk






Kern-al-Qaida



Der internationale islamistische Terrorismus ist nach wie vor eng mit dem Namen **al-Qaida (Die Basis)** verbunden. Ihren Anspruch auf die **ideologische Führerschaft** im globalen Jihad macht die Organisation aber mittlerweile **vorwiegend mit ihrer über das Internet verbreiteten Medienpropaganda** geltend. Die Kern-al-Qaida, d.h. die Führungsebene des Terrornetzwerkes, verfügt zwar in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion noch immer über funktionsfähige Strukturen, dort halten sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ihre **führenden Köpfe, Usama BIN LADEN und Aiman AZ-ZAWAHIRI**, auf. Hinsichtlich ihrer operativen Fähigkeiten scheint sie jedoch Einschränkungen hinnehmen zu müssen, insbesondere was die Steuerung von Anschlagspannungen betrifft.

Der starke Verfolgungsdruck und der Verlust wichtiger Akteure und Führungspersonen durch gezielte militärische Operationen zwingen die Organisation zudem dazu, sich **ständig strukturell anzupassen**. Trotz dieser Maßnahmen kann von einer nachhaltigen Zerschlagung nicht gesprochen werden. Die sich weiter verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan und im Nordwesten Pakistans sowie das Erstarken der Taliban begünstigen auch die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten al-Qaidas. Es



muss daher weiter davon ausgegangen werden, dass die Terrororganisation **Anschläge gegen westliche Interessen in der Region und weltweit plant**. Das anhaltende Interesse an der Rekrutierung und Ausbildung westlicher Muslime zeigt, dass al-Qaida nach wie vor versucht, ihre internationale Handlungsfähigkeit zu sichern. Von großer Bedeutung ist für die Terrorgruppe die **weitere Beteiligung am Jihad in Afghanistan**. Die gesamte Führung hat sich öffentlichkeitswirksam dem **Taliban-Führer Mullah OMAR** (▶ Foto) untergeordnet.

Neben der Kern-al-Qaida existieren **offizielle Regionalorganisationen** im Irak („al-Qaida im Irak“,  s.u.), im Maghreb („al-Qaida im islamischen Maghreb“,  s.u.), in Saudi-Arabien („al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“,  s.u.), im Jemen („al-Qaida im Jemen“,  s.u.) und in Palästina ( s.u.) sowie weitere Gruppen, u.a. in Somalia, die

Anschluss an dieses Netzwerk suchen. Wie im Januar 2009 bekannt wurde, haben sich die Mujahidin in Saudi-Arabien (bislang organisiert als „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“,  s.u.) und Jemen (bislang organisiert als "al-Qaida im Jemen",  s.u.) jüngst unter der Führung des jemenitischen al-Qaida-Anführers unter dem Namen „**al-Qaida auf der arabischen Halbinsel**“ zusammengeschlossen.

Aufgrund des attraktiven Etiketts „al-Qaida“ traten in den letzten Jahren auch in Ägypten, im Sudan und in Syrien militante Kreise unter dem Namen „al-Qaida“ auf. Die Organisation verfügt **weltweit über ein quantitativ nur schwer einschätzbare Potenzial von Anhängern**, die sich der Ideologie des gewaltsamen Jihad verschrieben haben. Al-Qaida vermittelt so das Bild einer am gemeinsamen Ziel des globalen Jihad orientierten, aber dennoch unabhängig voneinander agierenden Netzwerkstruktur einzelner Terrorgruppen, die sich möglicherweise nur anlassbezogen zusammenfinden und in eigener Abschätzung ihrer Handlungsfähigkeit sowie der logistischen Möglichkeiten in den Dienst von al-Qaida stellen. BIN LADEN und AZ-ZAWAHIRI fungieren dabei in erster Linie als Ideen- und Inspirationsgeber sowohl für die mit der Kern-al-Qaida verbundenen regionalen Organisationen als auch für unabhängige terroristische Gruppen und Zellen, **die im Geiste al-Qaidas handeln, organisatorisch mit ihr aber nicht verbunden sind.**



Auch 2008 wandten sich BIN LADEN und AZ-ZAWAHIRI wiederholt in zahlreichen **Audio- und Videobotschaften** an die Öffentlichkeit. Die Veröffentlichungen, die auf einschlägigen Internetseiten zu finden sind oder von arabischen Sendern ausgestrahlt werden, sind professionell gestaltet und werden durch eine **eigene Propagandaabteilung** verbreitet, die sich „**as-Sahab-Media**“ nennt.

In einer Audiobotschaft vom 19.03.08 ging BIN LADEN (► Foto) auf die erstmals Anfang 2006 und 2008 erneut veröffentlichten **Mohammad-Karikaturen** ein und bezeichnete diese als Angriff auf den Islam, der schwerer wiege als Anschläge,

bei denen Frauen und Kinder getötet würden. Die Veröffentlichung sei ein Beleg für die Fortsetzung des Krieges gegen die Muslime. Im Mai 2008 meldete sich der al-Qaida-Führer anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung Israels zu Wort. Den Regierungen der islamischen Länder warf er erneut vor, zu wenig zur **Befreiung Palästinas** zu unternehmen. Sie seien lediglich Befehlsempfänger des Westens und daher legitime Ziele im Jihad.



Im Dezember 2007 hatte Aiman AZ-ZAWAHIRI (▶ Foto) in einem Interview mit dem al-Qaida-Medienzentrum as-Sahab dazu aufgefordert, Fragen an ihn zu stellen, die er dann in den einschlägigen Internet-Foren beantworten würde. Eine gleichlautende Aufforderung erging auch an die Medien. Nachdem am 02.04.08 ein erster Teil seiner Antworten veröffentlicht worden war, folgte am 22.04.08 der zweite Teil der Audiobotschaft mit dem Titel „[Offene Begegnung mit Shaikh Aiman AZ-ZAWAHIRI](#)“, der in diversen jihadistischen Internetforen verbreitet wurde. Die Antworten AZ-ZAWAHIRIs beinhalteten vielfach nur Wiederholungen aus vorangegangenen Botschaften und Stellungnahmen. Gerichtet an die Muslime in Europa führte er u.a. aus, dass es an ihnen sei, die individuelle Pflicht zum Jihad zu erfüllen und alles zu tun, die muslimischen Gebiete zu befreien. In einer Auflistung von Jihad-Schauplätzen nannte AZ-ZAWAHIRI neben Palästina, Irak, Afghanistan, Tschetschenien und Saudi-Arabien auch „al-Andalus“ (Andalusien) sowie die beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla.

Priorität hat für ihn ein **Einsatz als Kämpfer**, mehrmals wies er allerdings auch darauf hin, dass **finanzielle Unterstützung von Nöten** sei. Außerdem könne man den Jihad unterstützen, wenn man über besondere Fähigkeiten, z.B. in der Medienarbeit, verfüge. Muslime in Nordamerika und Europa sollten laut AZ-ZAWAHIRI über sichere Kanäle mit den Mujahidin Kontakt aufnehmen, um ihr Vorgehen mit diesen abzustimmen. Sollte dies nicht möglich sein, gebe es mehrere Alternativen: Man könne allein oder in Kleingruppen den Kampf aufnehmen oder sich zu den Mujahidin begeben und sich ihnen anschließen.

Wer sich in die Kampfgebiete aufmachen wolle, brauche keine besondere Vorbereitung, da die Mujahidin für die politische, islamrechtliche und militärische Ausbildung sorgen würden. AZ-ZAWAHIRIs Worte an die Muslime in Nordamerika und Europa sollen den Eindruck erwecken, in diesen Regionen gingen Vorbereitungen zu terroristischen Aktivitäten voran. Unabhängig davon, ob dies den Tatsachen entspricht oder nicht, wird somit zumindest indirekt eine **Drohkulisse gegenüber Nordamerika und Europa** aufgebaut.

Wie BIN LADEN ging auch der al-Qaida-Vize auf die „Beleidigung des Propheten“ durch die **Mohammad-Karikaturen** ein und erklärte, es sei die Pflicht eines jeden Muslims, **Dänemark jeden nur möglichen Schaden zuzufügen**. Alle Länder, die „den Propheten beleidigt“ hätten, müssten bestraft werden.



Diesem Aufruf wurde bald darauf Folge geleistet. Am 02.06.08 wurden bei einem **Autobombenanschlag auf die dänische Botschaft in Islamabad** (▶ Foto) mindestens sechs Menschen getötet und mehrere Dutzend Personen verletzt. Das präparierte Fahrzeug konnte trotz verschärfter Sicherheitsvorkehrungen vor der Botschaft von den Terroristen gesprengt werden. Am 04.06.08

wurde eine Mitteilung veröffentlicht, nach der sich al-Qaida zu dem Anschlag bekannte. Dieser sei ein Racheakt für die Veröffentlichung der Mohammad-Karikaturen in der dänischen Presse gewesen. Anstatt sich für diese Verunglimpfung zu entschuldigen, habe Dänemark die Karikaturen noch ein zweites Mal veröffentlicht. Der Anschlag sei auch Ergebnis des Versprechens BIN LADENs, dass auf Worte Taten folgen würden und die Verunglimpfung des Propheten nicht ungestraft bleiben dürfe. Dänemark müsse seine Taten bereuen und sich entschuldigen, sonst würden weitere Aktionen folgen. Betont wurde, dass pakistanische Mujahidin bei der Vorbereitung des Anschlages eine besondere Rolle gespielt hätten.

Vor diesem Hintergrund muss auch eine **sich explizit gegen Deutschland richtende Videobotschaft al-Qaidas** sehr ernst genommen werden, die am 17.01.09 auf einem jihadistischen Internetportal gesichert

wurde. Das ca. 30-minütige, von as-Sahab-Media produzierte Video mit dem Titel „**Das Rettungspaket für Deutschland**“ wurde vermutlich Ende 2008 fertiggestellt, ein Teil des Videos ist auf Ende Oktober 2008 datiert. Bei dem in dem Video auftretenden Mann, der als „**al-Hafidh Abu Talha der Deutsche**“ bezeichnet wird, handelt es sich um



den **aus Bonn stammenden deutsch-marrokanischen al-Qaida-Anhänger Bekkay HARRACH**, der sich 2007 nach Pakistan abgesetzt hatte. Seine **Ansprache hält HARRACH auf Deutsch** - eingeblendet werden arabische Untertitel. Darin **fordert er Deutschland auf, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen**. Ansonsten würden die Deutschen von al-Qaida und den Taleban in Afghanistan nicht verschont werden. Konkret wird **mit dem Einsatz von Autobomben gedroht**. Zudem **äußert HARRACH den Wunsch, sich „für Allah in die Luft zu sprengen“**.

Zwar wurden auch in der Vergangenheit immer wieder Drohbotschaften gegen Deutschland veröffentlicht, die **ausschließliche Adressierung an Deutschland** stellt jedoch eine Besonderheit dar. Sie lässt angesichts der spezifischen Auseinandersetzung mit dem deutschen Engagement in Afghanistan befürchten, dass al-Qaida einen oder mehrere größere Terroranschläge gegen deutsche Einrichtungen und Interessen insbesondere in Afghanistan plant.

Zu den schwersten Anschlägen, die im Jahr 2008 - neben den Terrorangriffen am 26.11.08 in Mumbai (früher Bombay, 📖 5.4) - auf das Konto von al-Qaida-inspirierten Terrorgruppen gingen, gehörte der **Bombenanschlag vom 21.09.08 auf das** vorwiegend von Ausländern,



insbesondere Amerikanern, frequentierte **Marriott-Hotel** (▶ Foto) in **Islamabad**, bei dem ein mit Sprengstoff beladener LKW eingesetzt wurde. Obwohl dieser die Sicherheitsabsperungen vor dem Hotel nicht überwinden konnte, wurden die Front des Hotels durch die Druckwelle zerstört und ein Brand ausgelöst, der das Gebäude nahezu komplett zerstörte. Bei dem Anschlag kamen mindestens 53 Menschen ums Leben, über 260 wurden verletzt.

„al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)

Im September 2006 schloss sich die algerische „Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) al-Qaida an; seit Januar 2007 operiert sie unter dem Namen „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM). Sie versteht sich als führende Organisation aller maghrebischen Jihadisten und bemüht sich um den Ausbau der Kontakte zu gleichgesinnten Mujahidin aus der gesamten Region. Die Einbindung in das Netzwerk al-Qaidas hat dabei zu einer merklichen Stärkung der Gruppe geführt.



Seit ihrem Anschluss sind auch hinsichtlich der Zielrichtung und Ausführung von **Anschlägen** bei der AQM Änderungen festzustellen. Diese richten sich **verstärkt gegen Ausländer in Algerien**, wobei auch Selbstmordattentate verübt werden. Ziel sei es, so AZ-ZAWAHIRI, das algerische Volk von Amerika und Frankreich sowie deren Kollaborateuren zu befreien. An die Mujahidin im Maghreb richtete er allerdings auch den ersten Appell, muslimische Opfer bei Anschlägen zu vermeiden. Insbesondere **wegen der hohen Zahl ziviler muslimischer Opfer bei Selbstmordanschlägen in Alger 2007 war die AQM stark in die Kritik geraten.**

Trotz hohen Verfolgungsdrucks durch die algerischen Sicherheitskräfte war die AQM auch 2008 in der Lage, gut gesicherte staatliche Institutionen und Sicherheitskräfte erfolgreich anzugreifen. Allein im Februar 2008 kam es in Algerien zu 15 Zwischenfällen, bei denen **Sprengstoffanschläge gegen Sicherheitskräfte und Politiker des Landes ver-**

übt wurden. Darüber hinaus verübte die AQM weitere Anschläge mit vielen Toten und Verletzten. Am 02.01.08 fuhr ein Selbstmordattentäter einen mit Sprengstoff beladenen PKW gegen das Gebäude der Justizpolizei der Stadt Naceria/Boumerdas. Bei dem Bombenanschlag wurden mindestens sieben Menschen getötet, 25 wurden verletzt, darunter ca. zehn Polizisten. Am 19.08.08 war die Polizeischule in Issers (Ostalgerien) das Ziel eines Anschlages, bei dem über 40 Personen, überwiegend Polizeischüler, ums Leben kamen.

Am 22.02.08 wurden zwei aus Österreich stammende Touristen durch die AQM entführt. Obwohl die von der AQM aufgestellten Forderungen nach Lösegeld, der Freilassung von in Österreich inhaftierten Terrorverdächtigen und dem Abzug von österreichischen Soldaten aus Afghanistan nicht erfüllt wurden, kamen die Entführten am 03.11.08 in Mali unversehrt frei.

Hinweise auf eine konkrete Unterstützung der AQM durch in Deutschland lebende Anhänger liegen nicht vor.

„al-Qaida im Irak“ - „Islamic State of Iraq“ (ISol)

Nach mehreren Umbenennungen operiert „al-Qaida im Irak“ seit 2006 unter der Bezeichnung „Islamic State of Iraq“ (ISol, Islamischer Staat im Irak). Der ISol wiederum ging aus einer von dem irakischen al-Qaida-Ableger gegründeten Dachorganisation sunnitischer Widerstandsgruppen hervor. Innerhalb dieser Organisation konnte „al-Qaida im Irak“ ihren **Führungsanspruch jedoch nicht durchsetzen**, was zu entsprechenden Konflikten und einer **zunehmenden Isolierung** führte.



„Al-Qaida im Irak“ zählte bislang zu den schlagkräftigsten und einflussreichsten Terrorgruppen im Irak. Durch die Vielzahl der Anschläge und der medienwirksam in Szene gesetzten Gewalttaten und Verlautbarungen war und ist die Organisation eine **Anlaufstelle für Jihadisten im Irak und aus der ganzen Welt**. Die Handlungsfähigkeit der Organisation besteht zwar weiter fort, aufgrund der umfangreichen und anhaltenden militärischen Operationen ist diese aber mittlerweile eingeschränkt. Die **Anschlagsintensität ließ seit 2007**

spürbar nach. Ursächlich für diese Schwächung sind vor allem die verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem irakischen Staat, US-Truppen und sunnitischen Stämmen sowie der Bruch der Allianz zwischen al-Qaida und einigen nationalirakischen Widerstandsgruppen.

Trotz der Schwächung kann jedoch nicht von einem Rückgang der Bedrohung gesprochen werden. **„Al-Qaida im Irak“ zeichnete auch 2008 für etliche schwere Attentate verantwortlich**, die sich nicht nur gegen die multi-nationalen Einsatztruppen im Irak richteten, sondern auch gegen die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Bei diesen Anschlägen waren regelmäßig hohe Opferzahlen zu beklagen. Diese **rücksichtslose Vorgehensweise stößt** selbst bei anderen islamistischen Terrorgruppen im Irak, wie der Ansar al-Islam, **auf große Akzeptanzprobleme.**

Auffälligstes Merkmal der „al-Qaida im Irak“ war bislang, dass viele ihrer Kämpfer nicht Iraker waren, sondern aus dem Ausland kamen. Mittlerweile ist der Anteil irakischer Rekruten deutlich gestiegen. 2007 war im Rahmen der Zerschlagung eines logistischen Schleusernetzwerkes in der Nähe von Sinjar an der irakisch-syrischen Grenze eine Liste mit den Personalien von ca. 600 ausländischen Mujahidin aufgefunden worden. Von diesen stammten rund 40% aus Saudi-Arabien; rund 20% waren Libyer, die sich größtenteils für Selbstmordoperationen angeboten hatten. Unter den 600 Jihadisten befanden sich auch **einzelne, die aus Deutschland kamen.**

„al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“

Als weitere Gruppe mit vorrangig regionalen Interessen agiert **„al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“.** Der unter diesem Namen firmierende saudi-arabische al-Qaida-Ableger **fusionierte 2009 mit „al-Qaida im Jemen“.**

Al-Qaida verfolgt in Saudi-Arabien das Ziel, mit Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten und Entführungen die **„Ungläubigen“** zu vertreiben. Dabei steht besonders die US-Präsenz im Fokus. Nach Ansicht AZ-ZAWAHIRIs würden Angriffe auf **„amerikanische, zionistische und sonstige Ziele der Kreuzzügler“** von der Bevölkerung unmittelbar verstanden und damit die Unterstützung für den Jihad stärken. Langfristig strebt die Organisation den **Sturz des saudischen Königshauses**

und die Einführung der Scharia (islamische Gesetzgebung, Gesamtheit der islamischen Gebote) an.

Aufgrund der **konsequenten Bekämpfung durch den saudischen Staat** mussten die saudi-arabischen Mujahidin jedoch erhebliche Rückschläge hinnehmen. In den letzten Jahren konnten mehrere Anschläge verhindert und zahlreiche Terrorverdächtige festgenommen werden. Mehr Erfolg hatte **„Al-Qaida im Jemen“**, die am 17.09.08 einen Bombenanschlag auf die US-amerikanische Botschaft in der Hauptstadt Sanaa (▶ Foto) verübte. Bei dem Anschlag kamen 16 Menschen ums Leben.



„Armee der Gläubigen der al-Qaida in Palästina“

Seit 2006 existiert die „Armee der Gläubigen der al-Qaida in Palästina“. Diese Gruppe verübte u. a. am 10.01. und 12.01.08 kleinere Anschläge gegen die amerikanische internationale Schule im Gazastreifen. Obwohl BIN LADEN und AZ-ZAWAHIRI in ihren Botschaften häufig ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes bekräftigen, ist das Engagement al-Qaidas in Palästina eher begrenzt. Bezug nehmend auf Aussagen des getöteten palästinensischen al-Qaida-Ideologen Abdullah AZZAM betont AZ-ZAWAHIRI, dass **zunächst Afghanistan „befreit“ werden müsse, bevor Palästina und die Aqsa-Moschee erobert werden könnten.**

5.3 „Islamische Jihad-Union“ (IJU)

Die „Islamische Jihad-Union“ (IJU), eine Abspaltung der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IBU), trat erstmals 2002 auf. Sie steht in enger Verbindung zur Kern-al-Qaida und anderen sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet aufhaltenden Terrororganisationen. Internationale Aufmerksamkeit erregte die IJU durch **zwei am 30.07.04 verübte Selbstmordanschläge auf die israelische und die US- Botschaft in der usbekischen Hauptstadt Taschkent.** In **Deutschland** wurde die

IJU insbesondere im Zusammenhang mit der Festnahme der sogenannten **Sauerlandgruppe** bekannt.

2008 sorgte die IJU durch einen **Terroranschlag mit Deutschlandbezug** erneut für Schlagzeilen. Am **03.03.08** verübte der aus Deutschland (Bayern) stammende türkische Staatsangehörige Cüneyt CIFTCI in einem **Militärlager in der afghanischen Provinz Khost** mit einem mit Sprengstoff beladenen Lastkraftwagen einen **Selbstmordanschlag,**

bei dem zwei US- und zwei afghanische Soldaten mit in den Tod gerissen wurden. Drei Tage später bekannte sich die IJU auf einer türkischsprachigen Internetseite zu diesem Anschlag (▶ Foto). Zugleich wurden zahlreiche jihadistische Videos veröffentlicht, die ausführlich die Anschlagsvorbereitungen und den Anschlag selber zeigen. CIFTCI ist damit der erste Selbstmordattentäter, der in Deutschland geboren und aufgewachsen ist. Nach Erkennt-



nissen der Sicherheitsbehörden stand CIFTCI, der im April 2007 nach Afghanistan ausgereist war, in engem Kontakt zu einem der mutmaßlichen Attentäter der „Sauerlandgruppe“. **Die am 04.09.07 im Sauerland wegen des Verdachts der Vorbereitung terroristischer Anschläge verhafteten Islamisten Fritz GELOWICZ, Daniel SCHNEIDER und Adem YILMAZ sollen ebenfalls der international agierenden IJU angehören.**

Dass noch weitere Jihadisten aus Deutschland Verbindungen zur IJU unterhalten bzw. sich dieser Terrorgruppe angeschlossen haben, belegt der **Fall Eric BREININGER**. Am 28.04.08 wurden im Internet zwei Videobotschaften der mit der IJU in Verbindung stehenden Medienabteilung Badr at-Tawhed veröffentlicht. In einem der Videos wird der aus dem Saarland stammende deutsche Konvertit - zum Teil auf Deutsch - interviewt. In dem Interview **wendet sich BREININGER an die in Deutschland lebenden Muslime und ruft zur aktiven Teilnahme am Jihad auf.** Des Weiteren würdigt er den Selbstmordanschlag des Cüneyt CIFTCI in Afghanistan. Im zweiten Video wird eine Gruppe gezeigt, die mit unterschiedlichen Waffensystemen Schießübungen durchführt. In diesem Video ist auch BREININGER zu sehen. In einem weiteren am 23.05.08 im Internet veröffentlichten Interview ver-

suchte BREININGER zu begründen, warum Deutschland zu den Feinden der Mujahidin gehöre. Zudem äußerte er den Wunsch, im Jihad als Märtyrer zu sterben.

Aufgrund von Hinweisen auf eine mögliche Rückkehr BREININGERS nach Deutschland wurde am 25.09.08 eine öffentliche Fahndung nach ihm ausgelöst. Diese Hinweise bestätigten sich jedoch nicht. Am 21.10.08 wurde eine weitere Videobotschaft BREININGERS bekannt,

in der er u.a. auf die Fahndung nach seiner Person einging. Er gab an, weiterhin in Afghanistan zu sein und persönlich keinen Anschlag in Deutschland geplant zu haben oder zu planen. Allerdings wiederholte er darin **Forderungen nach dem Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan und Usbekistan und erklärte, dass Deutschland bis dahin mit Anschlägen zu rechnen habe.** Zuletzt wurde am 23.12.08 auf der



genannten türkischsprachigen jihadistischen Internetseite eine neue schriftliche Verlautbarung BREININGERS festgestellt, die unter dessen Kampfnamen „Abdulgaffar el-Almani“ veröffentlicht wurde. Die Verlautbarung enthält Propaganda allgemeiner Art, weist jedoch keine Deutschlandbezüge auf. Ihr vorangestellt ist das Logo der IJU; dem Text angehängt sind drei Fotos BREININGERS.

5.4 „Lashkar-e Taiba“ (LeT)

Am Abend des **26.11.08 überfiel eine zehnköpfige Gruppe** von Terroristen, in Kleingruppen aufgeteilt und nahezu simultan, **zwei Luxushotels und andere Einrichtungen in der indischen Metropole Mumbai** (früher Bombay). Unter den Anschlagzielen befanden sich ein hauptsächlich von Touristen besuchtes Restaurant, das jüdische Zentrum, ein Krankenhaus und der Hauptbahnhof. Die schwer bewaffneten Attentäter schossen wahllos in die Menschenmenge und richteten ein **Blutbad** an. Nach Augenzeugenberichten **suchten sie in den Hotels auch gezielt nach amerikanischen, britischen und israelischen Staatsbürgern,**



Symbol der LeT

um diese zu töten. Die Kämpfe mit den indischen Sicherheitskräften dauerten drei Tage an. Insgesamt wurden bei dem Massaker über **170 Menschen brutal ermordet, mehr als 300 Menschen wurden verletzt.** Auch drei deutsche Staatsbürger kamen ums Leben. Von den Attentätern überlebte nur einer die Kämpfe. Nach Erkenntnissen der indischen Sicherheitsbehörden gehörten die Angreifer zu der im pakistanischen Teil Kaschmirs operierenden islamistischen Terrorgruppe „Lashkar-e Taiba“ (LeT, „Armee der Reinen“). Die weiteren Ermittlungen ergaben,

dass die Anschläge minutiös geplant und über Monate vorbereitet worden waren.



Taj-Hotel

Die 1990 in Afghanistan entstandene und im Januar 2002 von den pakistanischen Behörden verbotene LeT zählt zu den **aktivsten und schlagkräftigsten Terrorgruppen in Kaschmir.** Sie unterhält weiterhin Trainingslager und Büros

im pakistanischen Teil Kaschmirs sowie in anderen Regionen Pakistans. Die Gruppierung wurde in der Vergangenheit nicht nur für **zahlreiche Anschläge und andere Gewaltverbrechen in Kaschmir** verantwortlich gemacht, sondern soll auch an einem bewaffneten Angriff auf das indische Parlament in Neu-Delhi im Dezember 2001 und an **weiteren Terroranschlägen in anderen Teilen Indiens** beteiligt gewesen sein, so im Juli 2006 an den schweren Anschlägen in Mumbai mit mehr als 200 Toten. Die LeT soll außerdem Kontakte zum internationalen Terrornetzwerk, insbesondere zu al-Qaida und den Taliban, besitzen.

Nach derzeitigen Erkenntnissen unterhält die Terrorgruppe in der **Bundesrepublik Deutschland** keine Organisationsstrukturen. Allerdings halten sich hier **einzelne Mitglieder** auf. Zwar ist gegenwärtig nicht davon auszugehen, dass diese in Deutschland unmittelbar Anschläge vorbereiten, nach Angaben des Bundesministeriums des Innern gibt es jedoch **Bezüge zur IJU (📖 5.3), die in Deutschland Anschläge geplant hatte.**

5.5 Anschläge und Anschlagplanungen in Europa

- Am **22.05.08** wollte ein 22 Jahre alter britischer Konvertit in einem vollbesetzten Restaurant in einem neu eröffneten **Einkaufszentrum in Exeter (Südwestengland)** einen **Sprengsatz** explodieren lassen. Bei dessen **vorzeitiger Explosion** auf der Toilette des Restaurants zog sich der Attentäter Verletzungen im Gesicht zu. Da der Mann unter Autismus leidet, bestand zunächst die Vermutung, er sei von Hintermännern gezielt und unter Ausnutzung seiner psychischen Störung für diesen Anschlag eingesetzt worden. Die britischen Sicherheitsbehörden gehen jetzt davon aus, dass der Mann als **Einzeltäter** gehandelt hat. Die Anleitung für den Sprengsatz habe er sich aus dem Internet beschafft.
- Am **09.07.08** wurde ein **Angriff auf das US-Generalkonsulat in Istanbul** verübt. Die drei türkischen Attentäter waren mit einem Kleinbus vor den Haupteingang gefahren. Drei der Insassen stiegen aus und eröffneten das Feuer auf die Polizisten, die dort postiert waren. Bei dem minutenlangen Schusswechsel kamen die drei Angreifer und drei Polizisten ums Leben, zwei Zivilisten wurden verletzt. Der vierte im Auto verbliebene Attentäter flüchtete. Türkische Regierungsstellen verdächtigten **al-Qaida**, für die Terrorattacke verantwortlich zu sein.
- Am **11.12.08** nahm die belgische Polizei bei einer nächtlichen Razzia an 16 Orten in **Brüssel und Lüttich 14 Terrorverdächtige** fest. Einer der mutmaßlichen Islamisten soll nach Angaben der Ermittler einen **Selbstmordanschlag vorbereitet** haben. Ob dieser mit dem tags darauf begonnenen **EU-Gipfel** in Verbindung stand, ist bisher nicht geklärt. Gegen sechs Festgenommene wurde am 12.12.08 Haftbefehl erlassen.

5.6 Prozesse, Ermittlungsverfahren und Festnahmen

National



- Das OLG Celle verurteilte am 19.06.08 den irakischen Staatsangehörigen **Ibrahim RASCHID** (Georgsmarienhütte/Niedersachsen) zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe. Er wurde der **Werbung von**

Mitgliedern oder Unterstützern für eine ausländische terroristische Vereinigung für schuldig befunden, weil er zwischen **September 2005 und Oktober 2006** in 22 Fällen **Audio- und Videobotschaften** u.a. von den al-Qaida-Führern Usama BIN LADEN und Aiman AZ-ZAWAHIRI **im Internet** in allgemein zugänglichen Chaträumen verbreitet hatte. Laut Anklage hätten diese Botschaften terroristische Anschläge gerechtfertigt und verherrlicht; zudem habe RASCHID sie mit zustimmenden Kommentaren versehen, durch die er gezielt Kämpfer für den „Heiligen Krieg“ habe gewinnen wollen.

Mit diesem Schuldspruch wurde zum ersten Mal in Deutschland jemand allein wegen des Verbreitens islamistischer Audio- und Videobotschaften im Internet zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Die Taten RASCHIDs gingen nach Auffassung des Gerichts weit über reines Sympathiebekunden für al-Qaida hinaus. In seinen Kommentaren habe er die Terroristen als seine Brüder bezeichnet und sich somit als „**uneinsichtiger fanatischer Kämpfer**“ für eine extremistische Ideologie dargestellt. Gegen seine Verurteilung legte RASCHID Revision ein, die aber vom Bundesgerichtshof verworfen wurde. Das Urteil des OLG Celle ist somit rechtskräftig.

- Nach mehr als zweijähriger Verhandlungsdauer verurteilte das OLG Stuttgart am 15.07.08 **Ata ABDOULAZIZ RASHID** zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren, **Rafik MOHAMAD YOUSEF** zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren sowie **Mazen ALI HUSSEIN** zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten. Die drei irakischen Staatsangehörigen wurden der **Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit der versuchten Beteiligung an einem Mord** für schuldig befunden. In seiner Urteilsfindung ging das OLG Stuttgart von folgendem Sachverhalt aus: Bis zu seiner Festnahme war ABDOULAZIZ RASHID in Deutschland als führendes Mitglied für die terroristische Vereinigung „**Ansar al-Islam**“ tätig und unterhielt ein Netz von weiteren Anhängern, Unterstützern und Sympathisanten der Organisation. MOHAMAD YOUSEF, der **plante**, mit Zustimmung von ABDOULAZIZ RASHID und ALI HUSSEIN am **03.12.04** in Berlin ein **Attentat auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten Dr. ALLAWI** zu begehen, war ebenfalls Mitglied der „Ansar al-Islam“.

Ehe es jedoch zu einer konkreten Gefahr für Dr. ALLAWI kommen konnte, wurden die drei Angeklagten in den Morgenstunden des 03.12.04 **festgenommen** und befinden sich **seitdem in Haft**. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

- Die Generalbundesanwaltschaft erhob am 02.09.08 vor dem OLG Düsseldorf **Anklage gegen drei Angehörige der sogenannten Sauerlandgruppe**. Fritz GELOWICZ, Daniel SCHNEIDER und Adem YILMAZ, mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Terrorgruppe „Islamische Jihad-Union“ (IJU,  5.3), waren am **04.09.07 im Sauerland bei der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen in Deutschland verhaftet** worden. Ihnen wird die **Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung**, Mitgliedschaft bzw. bei Fritz GELOWICZ **Rädelsführerschaft** in einer inländischen terroristischen Vereinigung, Vorbereitung eines **Sprengstoffverbrechens** sowie die Verabredung eines **Mordes** und eines Sprengstoffverbrechens vorgeworfen. Eine **weitere Person** aus dem Umfeld der Attentäter, der deutsche Staatsangehörige türkischer Herkunft Atilla SELEK, der im Verdacht steht, die Gruppe in der Tatvorbereitung unterstützt zu haben, wurde am **06.11.08 in Konya/Türkei festgenommen** und am **20.11.08 nach Deutschland ausgeliefert**.
- Am **25.11.08** nahm das **BKA in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Nordrhein-Westfalen Durchsuchungen bei acht Beschuldigten** vor, die im Verdacht stehen, für die deutschsprachige Seite des jihadistischen Internetforums **GIMF** ( 5.1) verantwortlich zu sein bzw. dort mitgearbeitet und damit den **internationalen islamistischen Terrorismus unterstützt** zu haben. Dabei konnten umfangreiche schriftliche Unterlagen, PCs, Laptops und externe Festplatten sichergestellt werden. Zwei Tatverdächtige wurden verhaftet, ein dritter saß bereits wegen einer anderen Straftat in Untersuchungshaft.
- In dem Verfahren gegen den sogenannten **Trolley-Bomber Youssef EL HAJ DIB** wurde am 09.12.08 das Urteil gesprochen. Das OLG Düsseldorf befand den Angeklagten des **versuchten vielfachen Mordes sowie der versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion für schuldig** und verhängte gegen ihn eine lebenslange Freiheitsstrafe. Nach Auffassung des Gerichts sei es erwiesen,


dass EL HAJ DIB und der bereits im Dezember 2007 im Libanon zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilte Jihad HAMAD am **31.07.06** aus Rache für die Veröffentlichung von Mohammad-Karikaturen in deutschen Zeitungen zwei Kofferbomben zur Explosion bringen wollten. Im Hauptbahnhof Köln platzierten sie die Sprengsätze in zwei Regionalzügen mit dem Ziel, eine möglichst große Zahl von Menschen zu töten. Die Gasflaschen waren nur deshalb nicht explodiert, weil den Tätern bei der Herstellung ein Konstruktionsfehler unterlaufen war. Die Verteidigung kündigte Revision gegen das Urteil an.

International

- Spanische Sicherheitsbehörden durchsuchten in der Nacht vom **18. auf den 19.01.08** mehrere Wohnungen in **Barcelona** und nahmen **14 Personen fest**. Den Maßnahmen waren Ermittlungen gegen eine Gruppierung pakistanischer und indischer Islamisten vorangegangen, die im Verdacht standen, über **Verbindungen zu wichtigen Mitgliedern der al-Qaida** zu verfügen und eine **Reihe von Anschlägen in Westeuropa, u.a. in Spanien, Großbritannien und Deutschland, zu planen**. Ein Angehöriger der Zelle hielt sich zeitweise auch in Deutschland auf. Nach seiner späteren Festnahme in den Niederlanden wurde er im August 2008 nach Spanien ausgeliefert.
- In **Österreich** wurde 2008 das Verfahren gegen ein **Ehepaar** fortgesetzt, das am **12.09.07** in **Wien unter dem Verdacht festgenommen worden war, die deutschsprachige Seite der GIMF**



(📖 5.1) **betrieben zu haben**. Das Landgericht Wien verurteilte das Ehepaar am 12.03.08 u.a. wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen und Nötigung der österreichischen Bundesregierung zunächst zu Haftstrafen von vier Jahren bzw. 22 Monaten ohne Bewährung. Im Juli 2008 hob der Oberste Gerichtshof der Republik Österreich die Urteile allerdings auf, sodass der Prozess

neu aufgenommen werden musste. Auch in Deutschland sind Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der islamistischen Szene anhängig, denen Aktivitäten für die GIMF vorgeworfen werden ( s.o., National).

- Vor einem Gericht in **London** begann Anfang April 2008 der Prozess gegen die sogenannten **Flüssigbomber**. Die **acht britischen Staatsbürger asiatischer Herkunft** waren im **August 2006** nach aufwändigen Überwachungsaktionen **festgenommen** worden. Ihnen wurde **vorgeworfen, mit Hilfe von in Trinkflaschen mitgeführtem Flüssigsprengstoff Anschläge auf Flugzeuge im Transatlantikverkehr geplant zu haben**. Mehrere Mitglieder dieser Gruppe waren zuvor nach **Pakistan** gereist und sollen dort in **Kontakt zu Operateuren der al-Qaida** gestanden haben. Am 08.09.08 wurden drei der Angeklagten der Verschwörung zum Mord für schuldig befunden. Ein Strafmaß wurde noch nicht festgesetzt.

Fluggäste dürfen seit November 2006 nur noch eine **beschränkte Menge von Flüssigkeiten im Handgepäck** mitnehmen. Die Europäische Union hat diese Sicherheitsvorschriften als **Reaktion auf die o.g. vereitelten Anschläge** zum Schutz der zivilen Luftsicherheit erlassen.

5.7 Situation in Hamburg

Die Beobachtung islamistischer Terroristen und sonstiger gewaltbereiter Islamisten bildet einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit des Verfassungsschutzes. Ca. **50 Personen werden in Hamburg als sogenannte Jihadisten eingestuft** (2007: 60). **Sie befürworten oder unterstützen** durch propagandistische, logistische, finanzielle oder sonstige Hilfsleistungen **den weltweiten bewaffneten Jihad (Heiliger Krieg)**. Rund ein Drittel der Jihadisten stammt aus den nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien, Algerien und Ägypten. Etwa ein Fünftel kommt aus dem Irak und Syrien. Nur vereinzelt sind Konvertiten oder in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund festzustellen. **Gut zwei Drittel der Jihadisten sind zwischen 25 und 40 Jahre alt**, nur wenige sind jünger als 25 Jahre. Wenngleich die meisten dieser gewaltbereiten Islamisten wahrscheinlich nie den letzten Schritt zu Anschlägen gehen werden, bleiben sie aufgrund ihrer Gewaltaffini-

tät und ihrer möglicherweise auch strafrechtlich relevanten Aktivitäten im Visier der Sicherheitsbehörden.

Die jihadistische Szene in Hamburg besteht zum Teil aus **sehr kleinen Gruppen, was die Beobachtung erschwert**. Hinzu kommt, dass dieser Personenkreis **infolge etlicher erfolgreicher Ausweisungen und Abschiebungen in den letzten Jahren zunehmend vorsichtiger geworden** ist und sich öffentlich mit extremistischen Äußerungen zurückhält. Dies gilt auch für die Predigten in den einschlägigen Moscheen, da einige Imame befürchten, als „**Hassprediger**“ eingestuft und ausgewiesen zu werden. Aufrufe zur Unterstützung terroristischer oder sonstiger gewaltbereiter Gruppen werden allenfalls angedeutet. Die **Ausweisung einzelner führender Jihadisten** hatte zudem zur Folge, dass bisher um diese Personen bestehende Gruppenstrukturen an Bedeutung verloren haben oder sich ganz auflösten.

Die weit über Hamburgs Grenzen hinaus bekannte **Quds-Moschee** am Steindamm 103, in der schon die Attentäter vom 11.09.01 verkehrten, bildete wie in den Vorjahren den **Hauptanziehungspunkt für die jihadistische Szene**. Diese Moschee ist zugleich auch der **Haupttreffpunkt von in Hamburg lebenden Salafisten**. Unter **Salafiya** versteht man die Strömungen des Islam, die sich an der Zeit der „frommen Altvorderen“ orientieren und eine Reinigung der koranischen Botschaft von späteren Entwicklungen wünschen. Sie erhofften sich eine Modernisierung der eigenen Gesellschaften - unter spezifisch islamischen Vorzeichen und in Abgrenzung zum Westen. Seit den 60er-Jahren haben, vor allem unter dem Einfluss des Muslimbruders Sayyid QUTB, **militante Tendenzen** Eingang in diese ursprünglich gewaltlose Denkschule gefunden.



(Weitere Informationen über Salafisten finden sich auf den Internetseiten des LfV, Arbeitsfeld Islamismus / Grundbegriffe des Islamismus).

Die Verantwortlichen des Trägervereins weigern sich bislang aus ideologischen Gründen, im „Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg“ (Schura) mitzuarbeiten. Neben der Quds-Moschee gibt es noch **weitere Moscheen**, in denen sich **Kleingruppen mit salafistisch-jihadistischer Ausrichtung** zusammenfinden oder zu deren Klientel **jihadistisch orientierte Einzelpersonen** gehören.

Auch in Hamburg ist festzustellen, dass sich die **Kommunikation** innerhalb der islamistisch-terroristischen Szene **verstärkt ins Internet verlagert**. Insbesondere jüngere Jihadisten sind in ein **bundesweites virtuelles Netzwerk** eingebunden und wirken zum Teil auch an der Verbreitung islamistisch-jihadistischer Inhalte mit.

6. Sonstige islamistische Gruppierungen

Neben den islamistisch-terroristischen Strukturen gibt es **weitere islamistische Organisationen und Gruppen, die der Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterliegen**. Einige davon sind ebenfalls als **grundsätzlich gewaltbereit** einzustufen. Hierzu zählen u.a. die „Hizb ut Tahrir“ (HuT, [📖 6.1](#)), die libanesische „Hizb Allah“ ([📖 6.2](#)), die „Türkische Hizbullah“ ([📖 6.4.2](#)) sowie die HAMAS ([📖 6.2](#)). Diese Organisationen sind **auch in Hamburg mehr oder weniger aktiv**. Zum **Spektrum gewaltbereiter Islamisten** (einschließlich der 50 Jihadisten) werden **etwa 200 Personen** (2007: 210) gerechnet.

Der größte Teil des islamistischen Personenpotenzials (2.005 zum Stichtag 31.10.08) in Hamburg **gehört jedoch gewaltfreien Organisationen an** wie der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG, [📖 6.4.1](#)), der Missionsbewegung „Tablighi Jama'at“ (TJ, [📖 6.1](#)) oder der „Muslimbruderschaft“ (MB, [📖 6.1](#)). Zu den gewaltfreien Islamisten zählen auch die Anhänger des **iranisch-schiitischen Staatsislams**, der vom „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH, [📖 6.3.2](#)) repräsentiert wird.

Nachfolgend werden die genannten Organisationen unter dem Aspekt ihrer Herkunft bzw. ihres Aktionsraumes aufgeführt.

6.1 Transnationale Organisationen

Hizb ut-Tahrir (HuT)

Die multinationale „Hizb ut-Tahrir“ (HuT, auch „Hizb Al Tahrir al Islami“, „Befreiungspartei“) wurde 1953 von Taqiuddin AN-NABHANI in Jerusalem gegründet. Ihr **Ziel** ist die **Errichtung eines weltweiten islamischen Kalifats auf der Grundlage der Scharia unter der Herrschaft eines Kalifen**. Die HuT bezeichnet den **Islam als Ideologie, an**



der sich alle Völker und Gemeinschaften ausrichten hätten, selbst wenn sie davon nicht überzeugt seien. Nicht der Islam sei der Realität anzupassen, sondern die Realität sei so zu verändern, dass sie den Regeln der Scharia (islamische Gesetzgebung, Gesamtheit der islamischen Gebote) entspreche. Die HuT behauptet zwar, weder Gewalt noch Terrorismus zu fördern, in ihrem Buch „Lebensordnung des Islam“, dem bis heute wichtigsten ideologischen Fundament der Bewegung, **rechtfertigt sie jedoch die gewalttätige Form des Jihad im Sinne eines gewaltsamen Angriffs auf die „Ungläubigen“ als legitimes Mittel.**

Die HuT ist in erster Linie eine politische Bewegung, die den Absolutheitsanspruch des Islam mit einem entsprechenden politischen Modell (Kalifat) verbindet und jede hiervon abweichende „ungläubige“ Staatsform bekämpft. Ebenso wird jede Teilnahme am politischen Leben in den „blasphemischen Systemen“ kategorisch abgelehnt.

Feindbild der HuT sind vor allem „die Juden“ und die nach ihrer Ansicht mit Israel und westlichen Regierungen kollaborierenden Herrscher der arabischen bzw. islamischen Welt. Mit Israel stehe man faktisch im Krieg, es sei zu bekämpfen und zu vernichten. In zahlreichen öffentlichen Äußerungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt **wurde zur gewaltsamen Beseitigung des Staates Israel und zur Tötung von Juden aufgerufen.** In einer **Verlautbarung vom 28.12.08 zum Gaza-Konflikt** verurteilt die HuT die Angriffe des feindlichen „**Zionistengebildes**“ und die ihrer Meinung nach untätigen islamischen Regierungen. Die Mobilisierung der Armeen sei **„die einzige Pflicht der Herrscher gegenüber dem Massaker in Gaza.“** Ansonsten hätten sie Allah, seinen Gesandten und die Gläubigen verraten. **Die Muslime werden aufgefordert, ihre ganze Kraft gegen deren „Paläste“ zu richten und sie zu zwingen, die Armeen zum Kampf in Gang zu setzen.** Den Soldaten stellt die HuT einen nahen Sieg oder das Märtyrern verheißene Paradies in Aussicht.

Die HuT ist **in nahezu allen arabischen Staaten verboten**, weil sie die dortigen Herrschaftsordnungen ablehnt und ihre Staatsoberhäupter als Apostaten (vom Glauben Abgefallene) ansieht. Die Muslime müssen sich nach Ansicht der HuT dieser Herrschaftscliquen entledigen. **Trotz**

der Verbote ist sie in vielen dieser und in anderen islamischen Staaten aktiv, insbesondere im Kaukasus und in Zentralasien.

Die Partei ist auch in zahlreichen europäischen Staaten vertreten; ihre Europazentrale befindet sich in London. In **Deutschland** unterliegt die HuT, anders als etwa in Großbritannien, einem **Betätigungsverbot**. In der **Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vom 15.01.03** wurde festgestellt, dass die Organisation sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte, Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele befürworte, das Existenzrecht des Staates Israel verneine und zu seiner Vernichtung aufrufe. Sie verbreite massive antijüdische Hetzpropaganda und fordere zur Tötung von Juden auf. Das **Verbot umfasst auch die Produktion und Verbreitung der der HuT zuzurechnenden deutschsprachigen Zeitschrift „Explizit“ einschließlich ihrer Internetseite**. Das **Verbot wurde durch das Bundesverwaltungsgericht am 25.01.06 erst- und letztinstanzlich bestätigt**. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sich die Tätigkeit der Organisation **gegen den Gedanken der Völkerverständigung** richtet. Es stellte zudem fest, dass es sich bei der HuT nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft handelt.

Die **HuT-Anhänger setzten dennoch auch in Hamburg ihre politische Agitation fort**. Beharrlich versuchen sie, ihren Einflussbereich zu erweitern. Sie verhalten sich dabei **konspirativ und vorsichtig**, um keine eindeutigen Belege für einen Verstoß gegen das Betätigungsverbot zu liefern. Der Name „Hizb-ut Tahrir“ fällt nur in kleineren Kreisen, auf größeren Versammlungen ist die HuT jedoch anhand der vermittelten Ideologie erkennbar.

Da die Organisation in Deutschland nicht offen auftreten kann, versuchen ihre Mitglieder - zunächst unter Verschleierung des wahren organisatorischen Hintergrundes - neue Anhänger zu gewinnen. **Außer im Umfeld einzelner Moscheen missionieren HuT-Anhänger auch an Hamburger Hochschulen und an einzelnen Schulen**. **Durch diese intensiven Bemühungen ist der Kreis insbesondere junger Anhänger gewachsen, die sich für die fundamentalistischen Aussagen und die Propaganda der HuT empfänglich zeigen**. Einzelne lassen zudem erkennen, dass sie den Vorgaben auch Aktionen folgen lassen wollen.

Gegenwärtig können der HuT in Hamburg ca. 60 - vorwiegend afghanisch- und türkischstämmige - Anhänger zugerechnet werden. Sie treffen sich regelmäßig zu öffentlichen Sitzungen und Schulungen in einem Objekt am Steindamm in St. Georg. Zudem finden Gesprächskreise in der Billstedter Ibrahim-Khalilullah-Moschee statt. Auch in anderen Moscheen wollen HuT-Angehörige Fuß fassen.

Obwohl sie unsere Staats- und Gesellschaftsordnung als nicht islamkonform ablehnen, streben nicht wenige HuT-Mitglieder die deutsche Staatsbürgerschaft an. Das dazu notwendige **Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung** kann jedoch nur als **Lippenbekenntnis** gewertet werden, da ein Muslim nach Auffassung der HuT allein dem Kalifen zu schwören habe. Sogar die Teilnahme an Wahlen wird als unislamisch abgelehnt.

Massive Kritik übt die Bewegung auch an den Integrationsbemühungen einiger islamischer Organisationen und Verbände. Nach Ansicht der HuT bedeute Integration die Anerkennung einer Verfassung, die bereits von vornherein gegen die islamische Ordnung verstoße. In Schulungen wird jungen HuT-Angehörigen vermittelt, dass das Eintreten für eine bessere Integration der Muslime in Deutschland aus eben diesem Grunde „haram“ (vom Koran verboten) sei. Zu den Schulungsinhalten gehört auch die Aussage, dass es zu den Pflichten eines jeden Muslim gehöre, den Jihad zu befolgen, wenn es einen Angriff gegen einen einzelnen Muslim oder eine einzelne Muslima abzuwehren gelte.

Muslimbruderschaft (MB; JAMA' A IKHWAN AL-MUSLIMIN)

Die sunnitische „Muslimbruderschaft“ (MB) wurde 1928 von Hassan AL-BANNA in Ägypten gegründet und breitete sich in den 30er- und 40er-Jahren in die gesamte arabische Welt aus. Ihre Ideologie führte zur Herausbildung zahlreicher islamistischer Organisationen wie z.B. der palästinensischen Widerstandsbewegung HAMAS (6.2). Mit einer geschätzten Zahl von einer Million Anhängern allein in Ägypten gilt die MB heute als größte und einflussreichste islamistische Gruppierung überhaupt. Als ihr Oberster Führer (al-murshid al-'amm) steuert



Symbol der MB

Muhammad Mahdi AKIF (▶ Foto) die Organisation von ihrem Sitz in Kairo / Ägypten aus.



Die MB betrachtet die in den muslimischen Staaten herrschenden Regime nahezu ausnahmslos als unislamisch. **Ihr Ziel ist die Errichtung einer ausschließlich an Koran und Sunna orientierten, nach ihrer Interpretation „wahrhaft islamischen“ Staatsordnung** in den betreffenden Ländern. Im Gegensatz zu den 50er- und 60er-Jahren lehnt sie mittlerweile **Gewalt** als Mittel der Politik ab, **billigt diese** aber ausdrücklich **im Kampf gegen „Besatzer“**. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Konflikte mit Israel. Obwohl offiziell verboten, stellt die MB in Ägypten weiterhin einen gesellschaftlichen und politischen Faktor dar, ihre Aktivitäten werden von der MUBARAK-Regierung geduldet.

In **Deutschland** sind zahlreiche MB-Anhänger in der **„Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)** aktiv, die sich als größte Organisation von Muslimen mit arabischem Hintergrund sieht. Die 1960 als „Moscheebau-Kommission“ gegründete und unter dem Einfluss der ägyptischen MB stehende IGD wird seit 2002 von **Ibrahim AL-ZAYAT** geleitet. Ihre **Zentrale** ist das **„Islamische Zentrum München“**. Daneben gehören eine ganze Reihe weiterer Islamischer Zentren (IZ) zur IGD.

In **Hamburg** ist die IGD organisatorisch nicht vertreten, allerdings hat sie hier **eine Reihe von Anhängern und Sympathisanten**. Wichtiger Anlaufpunkt für diese ist die **Mouhajerin-Moschee**.

Tablighi Jama'at (TJ)

Die sunnitisch-islamistische Tablighi Jama'at (TJ, „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“) wurde 1927 **in Indien** von dem Religionsgelehrten Mawlana Muhammad ILYAS als eine **Wiedererweckungsbewegung gegründet**. Vom indischen Subkontinent ausgehend verbreitete sie sich über mehrere Kontinente und ist heute **in nahezu 100 Ländern vertreten**. Die TJ verfügt **weltweit über mehrere Millionen Anhänger**, zu deren Selbstverständnis die **wörtliche Auslegung von Koran und Sunna** sowie die **weltweite Mission** gehören. Überall dort, wo Muslime leben, befasst sich die TJ mit der Festigung der islami-

schen Lebensweise, d.h. Muslime sollen zu einem Leben gemäß Koran und Sunna im Sinne eines **fundamentalistischen Islamverständnisses** angeleitet werden. **Langfristiges Ziel ist dabei die globale Islamisierung.**



Obwohl die TJ Gewalt grundsätzlich ablehnt, besteht aufgrund ihres Islamverständnisses und der weltweiten Missionierungstätigkeit die **Gefahr, dass die TJ islamistische Radikalisierungsprozesse befördert.** So weisen **einige islamistische Attentäter einen Vorlauf in der TJ** auf. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht zudem die **Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden.**

An dem **internationalen Deutschlandtreffen**, das im Mai 2008 in Saarbrücken stattfand, nahmen über **1.000 TJ-Anhänger** teil. Wie bereits im Vorjahr **kritisierten internationale Führungspersonen, dass das Engagement der in Deutschland lebenden TJ-Angehörigen zu wünschen übrig lasse.** Extremistische Inhalte wurden bei diesem Treffen nicht verbreitet.

In **Hamburg** werden etwa **70 Personen** der TJ zugerechnet. In den letzten Jahren wurden aus diesem Kreis immer wieder Äußerungen bekannt, die eine **ablehnende Haltung und Intoleranz gegenüber wichtigen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** (z.B. Achtung der Menschenrechte) und Intoleranz gegenüber Andersgläubigen deutlich machen. **Frauen wurden mehrfach als minderwertig dargestellt.** Aus den Äußerungen ging außerdem hervor, dass eine Vielzahl ihrer Anhänger **die Einführung der Scharia** (islamische Gesetzgebung, Gesamtheit der Gebote im Islam) befürwortet. Häufiger kam es zu **antisemitischen oder antichristlichen Bekundungen.**

6.2 Palästinensische und libanesische Organisationen

HAMAS (Harakat al-Muqawama al-Islamiya, Islamische Widerstandsbewegung)

Nach Beginn der ersten Intifada, die im Dezember 1987 begann, **schlossen sich im Januar 1988 im Gaza-Streifen Mitglieder der palästinensischen MB** (☞ 6.1) um Scheich Ahmad YASIN zur HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung“) zusammen. Ihr Name lässt sich mit „Eifer“ oder „Enthusiasmus“ übersetzen. Sie ist in einen politischen und einen militärischen Arm („Izzaddin al-Qassam-Brigaden“) gegliedert.



Symbol der HAMAS

Die HAMAS ist die **größte und aktivste islamistische Gruppierung in den palästinensischen Gebieten**. Ihr **Ziel** ist die **Errichtung eines islamischen Staatswesens auf dem gesamten Gebiet Palästinas**. Als **erbitterter Gegner Israels** lehnt sie territoriale Kompromisse ab. Nachdem sie 2006 die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat mit absoluter Mehrheit gewann, eskalierten die **Spannungen zwischen der HAMAS und der FATAH-Bewegung** des palästinensischen Präsidenten Mahmud ABBAS. Im Juni 2007 kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen. Dieser **innerpalästinensische Konflikt** führte de facto zu einer **Zweiteilung des palästinensischen Autonomiegebiets**: während das Westjordanland durch die FATAH beherrscht wird, dominiert im Gazastreifen die HAMAS.

Am 27.12.08 begann die **israelische Armee ihre Operation „Gegossenes Blei“**, mit der Israel auf einen **fortwährenden Raketenbeschuss** seines Landes **durch die HAMAS** reagierte. Die Operation wurde durch einseitige Waffenstillstandserklärungen durch Israel vom 17.01.09 für zehn Tage und von der HAMAS vom 18.01.09 für sieben Tage vorläufig beendet. Seitdem gab es weitere wechselseitige Angriffe.

In zahlreichen europäischen Städten demonstrierten insgesamt mehrere Zehntausend Menschen gegen das militärische Vorgehen Israels. In **Hamburg** kam es vom 29.12.08 bis 17.01.09 zu mehreren friedlichen Protestkundgebungen und Mahnwachen, an denen sich insgesamt über 9.000 Menschen beteiligten. An einer proisraelischen Demonstration am 17.01. auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz nahmen zeitweise bis zu 750 Personen teil.

In **Deutschland** leben etwa **300 Anhänger** der HAMAS, eine erkennbare Struktur existiert aber nicht. In **Hamburg** sind **nur einzelne Unterstützer** der HAMAS **aktiv**.

HIZB ALLAH (Partei Gottes)

Die HIZB ALLAH wurde **1982 im Libanon auf Initiative und mit maßgeblicher Unterstützung iranischer Stellen als Sammelbecken radikaler Schiiten gegründet**. **Hauptziel** der Organisation, die in Teilen des



Libanon als parastaatliche Ordnungsmacht agiert, ist der **Schutz des libanesischen Territoriums vor israelischen Militäraktionen und der Kampf gegen den Staat Israel, den sie vernichten will**. Das lange propagierte Fernziel, die Umwandlung des Libanon in eine islamische Republik nach iranischem Vorbild, ist im Lauf der Zeit gegenüber der

allgemeineren Forderung nach mehr politischem Einfluss und einer Revision des konfessionellen Proporzsystems im politischen und administrativen Bereich zu Gunsten der Muslime und insbesondere der Schiiten in den Hintergrund getreten. Die **enge ideologische Beziehung zur Islamischen Republik Iran** besteht jedoch unverändert fort.

Unter dem Dach der HIZB ALLAH agieren eine seit 1992 im libanesischen Parlament vertretene Partei, verschiedene Wohlfahrtsorganisationen sowie der **militärische Flügel „Islamischer Widerstand“** („al-Muqawama al-Islamiya“). Die **HIZB ALLAH ist im Libanon seitdem zu einem festen Bestandteil des politischen Systems geworden** und stellt nach den Wahlen im Mai / Juni 2005 zusammen mit der (schiitischen) AMAL-Bewegung den zweitstärksten Block im Parlament. Daneben war die Bewegung bis November 2006 auch mit mehreren Ministern im Kabinett SINIORA vertreten. Grund für den Rückzug aus dem Kabinett war die Forderung der HIZB ALLAH und prosyrischer Kräfte (u.a. Nabih BERRIs AMAL, Michel AOUNs FPM) nach Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“.

Nachdem die Amtszeit des Präsidenten LAHOUD im November 2007 endete, machte die Opposition ihre für die notwendige Zweidrittelmehr-

heit erforderliche Beteiligung an der Präsidentenwahl des Parlaments von einer vorherigen Einigung auf eine Regierung der nationalen Einheit und ein neues Wahlgesetz abhängig. Da zahlreiche Vermittlungsversuche scheiterten, blieb das Präsidentenamt über sechs Monate vakant. Die Entscheidung der Regierung im Mai 2008, gegen Einrichtungen der HIZB ALLAH vorzugehen, führte zu einer **Eskalationsphase, in der HIZB ALLAH- und AMAL-Kämpfer vorübergehend Westbeirut besetzten**. Bei fünftägigen Verhandlungen in Doha, unter Vermittlung der Regierung von Katar, einigten sich alle libanesischen Parteien schließlich auf die Wahl Michel SULEIMANs zum Staatsoberhaupt, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit mit 11 von 30 Funktionen für die Opposition, die damit Regierungsentscheidungen blockieren kann, sowie ein neues Wahlrecht. Am 25.05.08 wurde der maronitische Christ Michel SULEIMAN zum Präsidenten des Libanon gewählt.

Der **Stellvertreter des HIZB ALLAH-Führers Hassan NASRALLAH** (▶ Foto auf Vorseite), **Imad MUGHNIJA**, kam im **Februar 2008 bei einem Autobombenanschlag in Beirut ums Leben**. In einem von dem HIZB ALLAH-Fernsehsender „Al Manar“ gesendeten Statement **wurde Israel für den Anschlag verantwortlich gemacht**. Israel dementierte jedoch jegliche Beteiligung an dem Gewaltakt.

Im September 2008 wurde mit dem Drusen Saleh AL-ARIDI erstmals ein pro-syrischer Politiker bei einem Anschlag durch eine ferngezündete Autobombe getötet. AL-ARIDI war ein enger Weggefährte des pro-syrischen Politikers und Sportministers Talal ARSLAN, der zum HIZB ALLAH-Lager in der neuen Einheitsregierung im Libanon zählt.

Durch **Beschluss des Bundestages** wurde die **Beteiligung der Bundeswehr an der maritimen Komponente der UNIFIL-Mission MTF 448** (Maritime Task Force) bis Mitte Dezember 2009 verlängert und die **Entsendung von bis zu 1.200 Soldaten erlaubt**. Ziel dieses Flottenverbandes ist die **Aufklärung und Kontrolle der Seewege innerhalb der libanesischen Hoheitsgewässer** und die Umleitung der Schiffe im Verdachtsfall. **Damit soll der Waffenschmuggel der HIZB ALLAH von der libanesischen Seeseite her unterbunden werden**. Grundlage bildet die UN-Sicherheitsratsresolution 1773 vom 24.08.07.

In Deutschland hat die HIZB ALLAH keine einheitliche Struktur. Sie ist in einer Reihe von **Moschee-Vereinen vertreten**, die relativ unab-


hängig voneinander agieren. Die Vereinsaktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf interne Treffen, Diskussionsveranstaltungen und religiöse Feiern (z.B. Ramadan und Ashura). Sie sind von dem Bemühen geprägt, die Bindungen der hier lebenden Libanesen an ihre Heimat und an die Organisation zu festigen. Darüber hinaus **gehört das Sammeln von Spendengeldern zu den wichtigsten Aufgaben der Vereine**. Der Organisation werden **bundesweit etwa 900 Anhänger zugerechnet**.

Mit Wirkung zum 01.11.08 hat das **Bundesministerium des Innern** den **libanesischen HIZB ALLAH-Fernsehsender „Al Manar TV“** („Leuchtturm“) **verboten**, da sich dessen Inhalte gegen den Gedanken der



Völkerverständigung richten. Auf der Webseite des Senders wurde das Verbot von „Al Manar“ als Folge des Drucks der „zionistischen Lobby“ in Europa bezeichnet. Der Fernsehsender ist in Deutschland weiterhin über Satellit zu empfangen.

Im Jahre 2002 hatte Generalsekretär Hassan NASRALLAH **angeordnet, sich in Deutschland gesetzeskonform zu verhalten**, um keine Angriffsfläche für staatliche Maßnahmen zu bieten. Als Konsequenz treten viele HIZB ALLAH-nahe Muslime kaum mehr politisch in Erscheinung.

In **Hamburg** gibt es etwa 30 HIZB ALLAH-Anhänger, die auch im „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH,  6.3.2) verkehren.

6.3 Iranische Islamisten

6.3.1 Allgemeines

Wichtigstes innenpolitisches Ereignis in Iran waren die Wahlen zum iranischen Parlament am 14.03. bzw. 25.04.08 (Stichwahlen), aus denen die Konservativen als klare Gewinner hervorgingen. Sie kamen auf etwa 69% der Sitze, die Reformer erzielten lediglich 16,4%, die sog. Unabhängigen ca. 14,2%. Der Wächterrath hatte zuvor bereits die Weichen für diesen Wahlausgang gestellt, indem er viele Kandidaten der Reformparteien gar nicht erst zuließ.

Trotz dieser deutlichen Machtverhältnisse stehen die Konservativen längst nicht geschlossen hinter der amtierenden Regierung unter Führung des Präsidenten Mahmud AHMADINEDSCHAD (▶ Foto). Die Konservativen sind in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite die Anhänger des Präsidenten, auf der anderen Seite die ihm eher kritisch Gesonnenen, die sich keiner einheitlichen Position zuordnen lassen.



Die iranische Regierung setzte 2008 ihre Repressionspolitik gegen die eigene Bevölkerung fort. So ließ sie z.B. die Zeitung „Tehran Today“ am 21.06.08 schließen und den Chefredakteur wegen Beleidigung vor Gericht stellen, weil sich die Publikation kritisch über den Präsidenten geäußert hatte.

Verbote von Zeitungen gehören ebenso zur politischen Praxis Irans wie die Beschlagnahme von Parabol-Antennen oder die Kontrolle des Internet, womit die Regierung eine kritische politische Meinungsbildung der Bevölkerung zu verhindern sucht. Damit einher gehen Maßnahmen, mit denen die Regierung die seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2005 forcierte Islamisierung der Bevölkerung vorantreiben will.

Außenpolitisch behielt die iranische Regierung ihren Konfrontationskurs gegenüber dem Westen, insbesondere den USA, bei. Im Januar 2008 führte ein Zwischenfall in der Meerenge von Hormuz zwischen Einheiten der iranischen Revolutionswächter (Pasdaran) und patrouillierenden US-Kriegsschiffen fast zu einer Eskalation, nachdem die US-Marineeinheiten bereits Schussbefehl erteilt hatten. Die Situation konnte schließlich entschärft werden.

Das Atomprogramm der iranischen Regierung, das noch 2007 zu einem internationalen Wirtschafts- und Finanzboykott gegen Iran geführt hatte, blieb auch 2008 auf der politischen Tagesordnung. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien verurteilte im März 2008 die Versäumnisse Teherans, den Forderungen des VN-Sicherheitsrates gemäß seine früheren Nuklearaktivitäten offenzule-

gen, die Urananreicherung einzustellen und detaillierte Inspektionen zuzulassen. Die Wirtschaftssanktionen gegen Iran wurden daraufhin verschärft.



Das Leitmotiv der iranischen Außenpolitik ist in Verbindung mit der in der iranischen Verfassung deklarierten Islamisierung der westlichen Nationen („Export der islamischen Revolution“) zu sehen. Äußerungen des iranischen Revolutionsführers KHAMENEI (▶ Foto) belegen diese Verzahnung: Das deutsche Internet-Programm des iranischen Radiosenders IRIB veröffentlichte einen Auszug seiner Rede, die er vor Botschaf-

tern und Vertretern Irans im Ausland gehalten hatte: Dort erklärte er u.a., „die Verbreitung des islamischen Gedankengutes in der Welt und der Sieg des Widerstandsgedankens gegenüber dem Vorherrschaftssystem sind ein klares Beispiel dafür, dass die Islamische Republik Iran (...) Fortschritte gemacht hat...“.

Proiranische Einrichtungen in Deutschland sind grundsätzlich als **Instrumente der iranischen Staatsführung** anzusehen, die deren theokratische Staatsdoktrin vertreten. Sie **repräsentieren eine Werteordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist**.

6.3.2 Anhänger der „Islamischen Revolution“

Das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH, Schöne Aussicht 36, 22085 Hamburg), Träger der schiitischen „Imam Ali-Moschee“, gehört in



ISLAMISCHES ZENTRUM HAMBURG

Europa zu den wichtigsten islamischen Einrichtungen. Mit ihrer Hilfe versucht die Islamische Republik Iran, Schiiten aller Nationalitäten an sich zu binden sowie die gesellschaftlichen, politischen und religiösen Grundwerte der islamischen Revolution in Europa zu verbreiten.

Insbesondere durch die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit (Zeitschriften, Internetpräsenz, öffentliche Veranstaltungen u.a.) und die vielfältigen Bildungsangebote **versucht das IZH, den Islam iranischer Prägung zu propagieren** und damit das Ziel des „Exportes der islamischen Revolution“ zu realisieren. Die Inhalte sind dabei bewusst moderat formuliert und bieten kaum Angriffsflächen. Dennoch lassen Veröffentlichungen aus früheren Jahren die islamistisch geprägten Überzeugungen des IZH deutlich erkennen. Das beispielsweise in der hauseigenen Faltblattserie „Muslime im Dialog“ in Nr. 6 „Einheit von Religion und Politik“ zum Ausdruck kommende islamistische Staats- und Gesellschaftsverständnis des IZH ist erkennbar vom **Primat der Religion gegenüber der Politik** gekennzeichnet. Damit steht es in einem unlösbaren Widerspruch zu den Prinzipien und Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die vom IZH betriebene **„Imam Ali-Moschee“ dient den in Hamburg und Norddeutschland lebenden Schiiten verschiedener Nationen als Anlaufpunkt**, in dem neben den regelmäßigen Gebetsveranstaltungen religiöse Feierlichkeiten stattfinden. Zudem bietet das IZH



verschiedene Lehrveranstaltungen an, darunter Sprachunterricht in Arabisch, Deutsch und Persisch. Des Weiteren werden die Mitglieder der schiitischen, vorwiegend iranischen Gemeinde durch ein weit gefächertes Vereinsangebot an das IZH gebunden. Zu den **Nebenvereinen des IZH** zählt vor allem die auf dem Gelände der Moschee errichtete **„Islamische Akademie Deutschland e.V.“ (IAD)**. Sie beherbergt ein Lehrinstitut mit einer islamischen Bücherei. Das IZH gibt außerdem die deutschsprachigen Publikationen AL FADSCHR und SALAM (für Kinder) heraus und veröffentlicht ins Deutsche übersetzte Abhandlungen und Bücher iranischer Islamwissenschaftler.

Dieses vielfältige Angebot zielt darauf ab, dass sich die Angesprochenen mit dem schiitischen Glauben iranischer Prägung identifizieren. Gleichzeitig dient es dazu, Andersgläubigen oder bereits am islamischen Glauben interessierten Menschen ein Forum für Information und Austausch zu bieten mit dem Ziel, diese zum Islam zu bekehren. Deutschsprachige Konvertiten werden z.B. in speziellen Seminarkursen religiös betreut.

Neben dem eigentlichen **Trägerverein**, dem **„Islamischen Zentrum Hamburg e.V.“**, und der oben genannten IAD sind die folgenden Vereine in Hamburg als Nebenorganisationen bekannt:

- „Islamische Imamia Föderation in Europa e.V.“,
- „Verein der Förderer einer iranisch-islamischen Moschee in Hamburg e.V.“,
- „Waisenkinder-Hilfe Iran e.V.“ und
- „Iranischer Sportverein e.V.“

Die von der IZH-Leitung geförderte Jugendgruppe „Islamische Jugend Deutschland“ dient den Jugendlichen schiitischen Glaubens als Anlaufstelle. Mit der Intensivierung der Jugendarbeit durch die nach eigenen Angaben im Mai 2008 zusätzlich gegründete Jugendgruppe „Schöne Aussicht“ strebt das IZH eine stärkere Bindung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an die Einrichtung an.

Dem IZH und seinen angegliederten Vereinen und Einrichtungen sind insgesamt etwa 150 Mitglieder zuzurechnen. Die wöchentlichen Gebetsveranstaltungen am Donnerstag und Freitag werden durchschnittlich von etwa 100 Gläubigen besucht.

Nach außen hin operiert das IZH als rein religiöse Einrichtung, die keine politischen Aktivitäten in ihrem Wirkungsfeld gestattet. Jede öffentliche Verbindung oder Identifizierung mit der iranischen Staatsführung wird vermieden. Diese seit einiger Zeit praktizierte Strategie dürfte mit dem jetzigen Revolutionsführer Ayatollah KHAMENEI abgestimmt, wenn nicht gar von diesem angeordnet worden sein. Hierfür spricht, dass der **IZH-Leiter Seyed Abbas GHAEM MAGHAMI** - wie auch seine Vorgänger - **direkt von KHAMENEI in diese Funktion eingesetzt wurde und diesem unmittelbar unterstellt ist.** Der Leiter des IZH vertritt offiziell den Revolutionsführer in Europa und ist in der schiitischen Gemeinde als Repräsentant der Islamischen Republik Iran bekannt. Es ist davon auszugehen, dass der religiöse Führer Irans eine solch wichtige internationale Position nur mit einem linientreuen Anhänger der iranischen Staatsdoktrin und der islamischen Revolutionsziele besetzt.

GHAEM MAGHAMI selbst vermittelt in seinem öffentlichen Auftreten einen kooperativen, unpolitischen Eindruck und präsentiert sich als religiöser Gelehrter, der für eine moderatere Islaminterpretation eintritt

und den interreligiösen Dialog in den Mittelpunkt seiner öffentlichen Aktivitäten stellt. Hierfür boten insbesondere der im Rahmen der Europawoche am 10.05.08 veranstaltete Tag der offenen Tür sowie der Tag der offenen Moschee im IZH am 03. und 04.10.08 Gelegenheit.

Gleichwohl führte das IZH im Juni 2008 **anlässlich des Todestages KHOMEINIs** (▶ Foto) **eine Gedenkveranstaltung** durch, auf der dem **Leben und Wirken des ehemaligen Revolutionsführers** gehuldigt wurde.



Der Einfluss des IZH auf schiitische Zentren in ganz Deutschland ist ungebrochen. Zu den Gemeinden, zu denen Verbindungen des IZH bestehen, gehören u.a.:

- „Islamisches Zentrum Salman Farsi Moschee Langenhagen e.V.“, Hannover
- „Akademie Baghiatallah e.V.“, Bremen
- „Islamische Kulturgemeinde der Iraner in Berlin e.V.“, Berlin
- „Islamische Vereinigung in Bayern e.V.“, München
- „Ehli-Beyt-Alevitische Religionsgemeinschaft Ehli Beyt Alevi Federasyonu e.V.“, Frankfurt a.M.
- „Islamischer Kulturverein Imam Hossein e.V.“, Wiesbaden.

Das IZH ist zudem in führender Position in mehreren islamischen Dachverbänden vertreten. Auf lokaler Ebene ist dies der „Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“ (SCHURA), auf Bundesebene der „Zentralrat der Muslime in Deutschland“ (ZMD) und auf europäischer Ebene die „Islamisch-Europäische Union der Schia-Gelehrten und Theologen“ (IEUS).

2008 festigte das IZH seinen Führungsanspruch innerhalb der schiitischen Gemeinden in Deutschland. Die IZH-Leitung engagierte sich an führender Stelle bei den Vorbereitungen für die Gründung eines Dachverbandes der schiitischen Gemeinden in Deutschland. Ihm sollen in Deutschland ansässige schiitische Vereine (u.a. von Libanesen, Irakern, Iranern) angehören, und er soll ein einheitliches Sprachrohr der schiitischen Interessen gegenüber Politik und Gesellschaft in Deutschland werden.

6.4 Türkische Islamisten

6.4.1 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) ist mit ca. **27.500 Mitgliedern** (2007: 27.000) die mit **Abstand größte islamistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland**. Organisatorisch gliedert sich die IGMG in bundesweit 15 Regionalverbände, darüber hinaus ist sie in zehn weiteren europäischen Ländern vertreten. Der



Sitz der Europa- und Deutschland-Zentrale befindet sich in **Kerpen (NW)**. Der IGMG gehören nach eigenen Angaben **514 Moscheevereine** an, davon 323 in Deutschland. Sie unterhält Nebenorganisationen speziell für Frauen, Jugendliche, Studenten und Kinder sowie etliche Bildungseinrichtungen und einen Beerdigungsfonds, wodurch eine umfassende Betreuung der Mitglieder gewährleistet wird. Für die Verwaltung des IGMG-Immobilienbesitzes ist die verbandseigene „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V.“ (EMUG) zuständig.

Die IGMG hat ihre **ideologischen Wurzeln im Gedankengut der durch den ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin ERBAKAN** (* 1926) Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre in der Türkei **initiierten „Milli Görüs“-Bewegung** und wird von dieser nach wie vor beeinflusst. „Milli Görüs“ **strebt langfristig die Überwindung des laizistischen Systems, d.h. die Überwindung der strengen Trennung von Religion und Staat in der Türkei, an**. Diese Bestrebungen sind verbunden mit dem Ziel, eine am Vorbild des „Osmanischen Reiches“ orientierte „neue Groß-Türkei“ und - letztlich auch auf globaler Ebene - eine **weltweite, islamistisch geprägte Staats- und Gesellschaftsordnung** zu errichten. Ideologische Schlüsselbegriffe dieser islamistischen Vision sind „Milli Görüs“ („Nationale Sicht“) und „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). Das hier zum Ausdruck kommende Staats- und Gesellschaftsverständnis steht in einem **unauflösbaren Widerspruch zu den Werten und Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung**.

Die 2001 gegründete „Saadet Partisi“ (SP, „Glückseligkeitspartei“) bildet den parteipolitischen Arm der Bewegung; im türkischen Parlament ist sie jedoch nicht vertreten. Nach einem Bericht der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ vom 28.10.08 sind Sohn und Tochter ERBAKANs in den Parteivorstand der SP gewählt worden. Zum Einflussbereich ERBAKANs bzw. der „Milli Görüs“-Bewegung zählen zudem u.a. die Tageszeitung **„Milli Gazete“** und der Satelliten-Fernsehsender **„TV5“**.

Die SP sichert sich ihren Einfluss auf die europäische IGMG u.a. durch zahlreiche persönliche Kontakte. Namhafte Parteifunktionäre besuchen regelmäßig Veranstaltungen der IGMG, um dort in Reden und Vorträgen die Anhänger in Deutschland über die Vorstellungen der Gesamtbewegung zu informieren. Die „Milli Gazete“ stellt ebenfalls ein wichtiges Bindeglied zwischen der IGMG und der Bewegung in der Türkei dar. In Deutschland erscheint das **„Sprachrohr“ der „Milli Görüs“** mit einem um Nachrichten aus Europa erweiterten Teil und berichtet ausführlich über die Politik der SP. In einem Artikel zum 35-jährigen Bestehen der Zeitung vom 12./13.01.08 wird zum Selbstverständnis u.a. ausgeführt, die „Milli Gazete“ habe ihre Berichterstattung 1973 mit dem Ziel aufgenommen, **„eine Stimme für ‚Milli Görüs‘“ zu sein**. Sie sei **„die Vorkämpferin der Ideologie unserer Ahnen, die uns diesen Boden anvertraut haben“**.



Die „Milli Gazete“ prägt das Islamverständnis der Bewegung und beeinflusst damit auch das Meinungsbild innerhalb der IGMG. Da das Blatt weiterhin offen islamistische und antisemitische Positionen vertritt, **distanzieren sich Teile der IGMG-Führung von diesen Inhalten, um negative Auswirkungen auf die Organisation in Deutschland zu vermeiden.**

Die „Milli Görüs“-Bewegung zeichnet sich durch ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken und eine prinzipiell antiwestliche, **antijüdische und antidemokratische Grundhaltung** aus. Aus der Berichterstattung der Zeitung wird das eindeutig ablesbar. In einem Artikel in der „Milli Gazete“ vom 10.01.08 heißt es u.a. : **„ ... wir sagen deutlich, dass**

das demokratische System nicht zur Lösung der Probleme beiträgt, dass es sogar noch mehr Schaden könnte ...“.

In der Ausgabe vom 01.12.08 wird zu den Terroranschlägen von Mumbai/Indien (früher Bombay) vom November 2008 (📖 5.4) ausgeführt, dass dies „ein Szenario der globalen Mächte“ gewesen sei, die die „Muslime weiterhin als Zielscheibe“ sehen wollten. Die Tat sei „zu Ehren des neuen amerikanischen Präsidenten ... inszeniert“ worden. Unter der Überschrift „Die Ereignisse in Griechenland und der universelle Niedergang“ behauptet eine Kolumnistin der Zeitung (Ausgabe vom 15.12.08), wiederum in weltverschwörerischer Diktion, dass die Unruhen in Griechenland vom Dezember 2008 u.a. „durch das Zionismus-Projekt des rassistischen Imperialismus“, das „seit 5.000 Jahren“ bestehe, verursacht worden seien.

Der universelle Anspruch der „Milli Görüs“, ihr Selbstverständnis und ihre Ziele wurden u.a. in einem Beitrag in der „Milli Gazete“ vom 12./13.01.08 deutlich formuliert und mit einem entsprechenden Appell verbunden: „Die Milli Görüs ist viel mehr als der Slogan einer politischen Partei. Sie legt uns dar, warum wir auf diesem Boden leben. ... Du musst als Diener Gottes deine Pflichten erfüllen. Dies fängt mit dem Jihad an. ... Das Hauptziel des Jihad ist die Bildung einer gerechten Welt. Wenn die Milli Görüs von einer „Neuen Welt“ spricht, meint sie dieses Ziel. ... Daher sagen wir: Wieder eine Großtürkei. Dafür bedarf es gleichzeitig einer Neuen Welt ...“. Auch der neue Parteivorsitzende der SP, Numan KURTULMUS, erklärte, dass die SP gemeinsam mit allen Parteiangehörigen durch Überzeugung und Verinnerlichung von „Milli Görüs“ tatkräftig daran arbeiten solle, die Ziele der „Milli Görüs“, eine neue „Groß-Türkei“ und eine „neue Welt“, zu verwirklichen („Milli Gazete“ vom 20.10.08).

Um diese Ziele zu erreichen, ist die „Milli Görüs“-Bewegung in Europa bestrebt, ihre Identität als selbst ernannte Statthalterin des wahren Islam zu schützen. Forderungen nach einer weitergehenden Integration werden zurückgewiesen; stattdessen wird vor den vermeintlichen Gefahren der Assimilation gewarnt. Dem Konzept eines moderaten Euro-Islam, der zwischen islamischen Glaubensvorstellungen und den Werten der westlichen Gesellschaften Brücken bauen will und die Trennung von Staat und Religion akzeptiert, wird eine klare Absage erteilt. Nach Überzeugung der IGMG dürfe man sich nicht von sei-

nen Glaubenswurzeln entfernen. Mit diesem Islamverständnis trägt die IGMG jedoch maßgeblich zur **Aufrechterhaltung und Verfestigung parallelgesellschaftlicher Strukturen** bei.

Die IGMG in Deutschland

Ihre anhaltende Beeinflussung durch die Gedankenwelt der „Milli Görüs“-Bewegung in der Türkei und ihres Gründers Necmettin ERBAKAN (▶ Foto) ist ein eindeutiger Anhaltspunkt dafür, dass die IGMG in Deutschland verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt. Zwar wurde auch im Berichtsjahr 2008 deutlich, dass **Teile der deutschen IGMG offenbar gewillt sind, zur Bewegung in der Türkei auf Distanz zu gehen. Dennoch muss sich die IGMG als europäischer Ableger der „Milli Görüs“ deren**



Ideologie zurechnen lassen, zumal die nach außen betonte Distanz nicht den tatsächlichen internen Machtverhältnissen entspricht und ERBAKAN weiterhin Einfluss nimmt. Dass bisher keine klare Trennung von der Führung in der Türkei erfolgte, hängt allerdings auch mit der Furcht vor den negativen Auswirkungen eines solchen Schrittes zusammen.

Die ideologischen Vorstellungen der „Milli Görüs“ spiegeln sich auch in verschiedenen Äußerungen von in Deutschland agierenden Funktionsträgern wider. So betonte der stellvertretende Generalvorsitzende der IGMG: **„Unsere Mission ist der Islam. Unsere Absicht ist Allahs Willen zu erfüllen ...“** („Milli Gazete“ vom 07.03.08). Für die Anhänger der IGMG steht ein Leben nach den Regeln des Islam im Vordergrund, dabei werden westliche Werte und Vorstellungen skeptisch bis ablehnend betrachtet. Die IGMG ist deshalb weiter bestrebt, Kinder und Jugendliche im Sinne ihrer Glaubensvorstellungen zu festigen und eine starke islamische Identität zu entwickeln.

Dass sich die IGMG dabei weiterhin im selben ideologischen Fahrwasser wie die Mutterorganisation in der Türkei bewegt, wird besonders bei **Großveranstaltungen** deutlich. Auf dem **„Tag der Funktionäre“** am 19.04.08 in Wuppertal, an dem nach eigenen Angaben mehr als

2.500 Funktionäre der Jugendorganisation teilnahmen, sprach sich der Vorsitzende der Jugendorganisation u.a. gegen „Assimilation“ und für „Koran und Sunna als Wegweiser für die ‚Milli-Görüs-Jugend‘“ aus („Milli Gazete“ vom 22.04.08). Während der Veranstaltung wurde zudem durch „frenetischen Applaus“ Loyalität für ERBAKAN bekundet. Ein Beleg dafür, dass bei einem erheblichen Teil der jungen IGMG-Anhänger hinter dieser Ehrbekundung eine klare Zustimmung auch zu den politischen Zielen der „Milli Görüs“-Bewegung und zu ERBAKAN als politischem Führer steht. Ein weiterer Beleg hierfür ist ein im Internet veröffentlichtes Video der „Mevlana-Jugend“ aus Offenbach / Hessen, das u. a. die Porträts von Necmettin ERBAKAN und des ehemaligen SP-Vorsitzenden Recai KUTAN sowie den türkischen Schriftzug „Die einzige Lösung ist die Saadet-Partei“ und das Logo des „Milli Görüs“-Fernsehsenders „TV5“ zeigt. Weiterhin erscheinen die türkischen Schriftzüge „Die türkisch-islamische Einheit, die der Welt von neuem Ruhe, Frieden und Liebe bringen wird“ und „Die in Treue zum Bündnis stehende, mit Leidenschaft für ihre Mission eintretende, ihrem Führer verbundene Mevlana-Jugend“ sowie das Wappen der Osmanen-Dynastie. Der Video-Clip ist musikalisch mit einem Text unterlegt, dessen Refrain übersetzt folgendermaßen lautet: „Sag, Bruder, ... wer sind wir? ... Wir sind die Generation der Eroberer“. Am Ende des

Videos ist Folgendes zu hören: „Wir haben es auf dieser Welt weder auf Geld noch Gut abgesehen, wir sind auf dem schönsten Weg, wir marschieren auf dem Weg Allahs. Wir sind die Soldaten der Milli Görüs, unser lichtvolles Herz ist mit Glauben angefüllt, Qualen sind uns ganz egal, das Paradies ist unser Traum. Wir sind die Soldaten der Milli Görüs ...“.



Am „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität“ am 31.05.08 im belgischen Hasselt nahmen nach unterschiedlichen Angaben etwa 10.000 bis 15.000 IGMG-Anhänger aus ganz Europa teil. Die IGMG selbst spricht von 25.000 Teilnehmern. Laut „Milli Gazete“ vom 02.06.08 wurden unter

Beifall der Zuhörer eine Botschaft von ERBAKAN vorgetragen und „unter Tränen“ Slogans wie „Mücahid ERBAKAN“ („Glaubenskämpfer

ERBAKAN“) skandiert. Der IGMG-Vorsitzende KARAHAN ging in seiner Rede insbesondere auf die Notwendigkeit einer „**islamischen Identität**“ ein. Den Muslimen müsse das Bewusstsein vermittelt werden, dass die „**Ausübung der religiösen Pflichten ihre wichtigste Eigenschaft**“ sei. Während der Rede KARAHANs hielten einige Jugendliche ein Transparent mit positiven Bekundungen für ERBAKAN in die Höhe.

Die vorstehenden Beispiele belegen, dass **die IGMG nach wie vor personell, organisatorisch und ideologisch mit der „Milli-Görüs“-Bewegung in der Türkei verbunden ist**. Es gibt weitere Anhaltspunkte dafür, dass gerade **in Teilen der nachwachsenden Generation statt größerer Integrationsbemühungen islamistische Bestrebungen erkennbar** werden. Führende Vertreter der IGMG bekunden immer wieder, dass die IGMG auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Die Bemühungen des reformorientierten Flügels der IGMG, konservativ-islamisches Gedankengut und orthodoxe Glaubenspraxis mit den Werten und Grundprinzipien unserer Verfassung in Einklang zu bringen, **stehen nach wie vor im Konflikt mit der „Milli-Görüs“-Bewegung. Solange die ideologischen Wurzeln zur „Milli Görüs“-Bewegung und zu ihrem Spiritus Rector, Necmettin ERBAKAN, nicht gekappt werden, haben die Bemühungen der Reformer nur begrenzte Erfolgsaussichten**. Zu entscheidenden Reformschritten wird es wohl erst am Ende der Ära ERBAKAN kommen.

Ein weiteres Thema, das die IGMG im Berichtsjahr stark beschäftigte, waren Durchsuchungsmaßnahmen der Steuerfahndung am 26.08.08 in der IGMG-Zentrale in Kerpen/NW und in verschiedenen IGMG-Regionalverbänden. Ermittelt wurde wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. So sollen Einnahmen aus Pilgerreisen in erheblichem Umfang nicht den Finanzbehörden gemeldet worden sein.

Die IGMG in Hamburg

In Hamburg wird die IGMG von dem „**Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V. (BIG)**“ repräsentiert, dem 17 Moscheevereine angehören. In Hamburg sind dies neun, in Schleswig-Holstein sechs und in Niedersachsen zwei sowie verschiedene regionale Nebenorganisationen u.a. für Frauen, Studenten und Jugendliche, z.B. die „**Muslimische Frauengemeinschaft**“ (MFG) und die „**Islamische Hochschulgemeinde e.V.**“ (IHg). Dem BIG sind in Hamburg ca. **1.600**

Mitglieder zuzurechnen. Neben der „Centrum Moschee“ in St. Georg gibt es Hamburger BIG-Moscheen in den Stadtgebieten Veddel, Wilhelmsburg, Harburg, Eidelstedt, Altona, Neugraben und Neuenfelde. Zudem unterhält das BIG zwei Bildungseinrichtungen in Hamburg-Harburg sowie im niedersächsischen Seevetal.



Das BIG ist als eingetragener Verein zwar rechtlich unabhängig, tatsächlich jedoch als Hamburger Regionalverband weiterhin **fest in das straffe, hierarchisch strukturierte Organisationsgefüge der IGMG eingebunden**. Der BIG-Vorsitzende, **Ramazan UCAR**, ist der **Zentrale in Kerpen unterstellt**.

Der Hamburger Regionalverband orientiert sich, wie andere IGMG-Regionalverbände auch, in der Struktur und Arbeitsweise an den Vorgaben der Zentrale. Diese Vorgaben werden auch entsprechend kontrolliert. Führungsfunktionäre des BIG nehmen regelmäßig an Sitzungen in Kerpen teil. Die von der IGMG-„Irschad-Abteilung“ (Abteilung für Rechtleitung, „religiöse Wegweisung“) herausgegebenen Freitagspredigten werden von mehreren BIG-Gemeinden übernommen.

Wie in den Vorjahren wurden 2008 vereinzelt Beiträge mit BIG-Bezug in der „Milli Gazete“ publiziert. Das BIG wird jedoch namentlich nicht erwähnt, die Rede ist nur von der „IGMG Hamburg“ oder dem „Gebiet Hamburg“. Angesichts der durchgehend islamistisch geprägten Berichterstattung der „Milli Gazete“ **ist den BIG-Verantwortlichen weiterhin daran gelegen, so wenig wie möglich mit der Zeitung in Verbindung gebracht zu werden**.

Auch in Hamburg gibt es eine Reihe von jungen IGMG-Anhängern, die Necmettin ERBAKAN als „Führer“ der „Milli Görüs“-Bewegung verehren. Auf einer überwiegend auf Türkisch verfassten Internetseite des „Islamischen Jugendbundes e.V.“ (IJB), dem regionalen Zusammenschluss der BIG-Jugendinitiativen, werden unter der Rubrik „Links“ fast ausschließlich IGMG-bezogene Seiten angezeigt, darunter auch solche, die zu einer türkischsprachigen Internetseite des „Milli Görüs“-


Fernsehsenders „TV5“ sowie zu einem türkischsprachigen „Milli Görüs“-Archiv führen, in dem zumindest bis Juli 2008 verschiedene Videobeiträge mit Necmettin ERBAKAN abrufbar waren.

Die Führungsspitze des BIG sieht sich auf einem Weg der Reformen. Sie betont ihre **Eigenständigkeit** gegenüber der Bundesorganisation in Kerpen. Mit dieser Orientierung will sie auch erreichen, dass sie - insbesondere im Hinblick auf die angestrebte staatliche Anerkennung - von der Politik als seriöser Ansprechpartner akzeptiert wird. **Um Dialogbereitschaft zu bekunden**, werden öffentlichkeitswirksame Aktionen wie der **„Tag der offenen Moschee“** oder der jährliche **„Iftar“-Empfang** durchgeführt. Insgesamt **kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass der Kurs der Führungsspitze von allen IGMG-Anhängern in Hamburg mitgetragen wird.** Eine grundsätzliche Abkehr von der „Milli Görüs“-Bewegung ist nach wie vor nicht zu erkennen.



6.4.2 Türkische Hizbullah

Die sunnitisch-islamistische „Türkische Hizbullah“ (TH) entstand Anfang der 80er-Jahre durch den **Zusammenschluss einiger kleinerer kurdischer Gruppierungen** in Diyarbakir/Türkei. Sie **sieht sich selbst in einem „Kampf gegen das unislamische laizistische kemalistische Regime“ in der Türkei und wirkt auf dessen Überwindung hin.** Als weitere Ziele strebt sie die **Schaffung eines auf der Scharia** (islamische Gesetzgebung, Gesamtheit der islamischen Gebote) **basierenden islamischen Staates, zunächst in der Türkei, letztlich weltweit** an. Der in der Türkei zu gründende Staat soll zugleich **„kurdisch“** sein, um so die **„Tyrannie“** des **„kemalistischen Regimes“** gegenüber den Kurden zu beenden. Zur Durchführung ihrer Ziele **befürwortet die TH ausdrücklich auch gewalt-same Methoden.** Nach innen ist sie hierarchisch strukturiert und arbeitet konspirativ, so sind u.a. Decknamen gebräuchlich.

In der Türkei kam es von Ende der 80er- bis Mitte der 90er-Jahre zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der TH und der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK,  III.4.), in deren Verlauf laut türkischer Presse

mehrere hundert Personen getötet wurden. Darüber hinaus wird die TH für zahlreiche Morde wie z.B. den tödlichen Anschlag auf den Polizeipräsidenten Diyarbakirs am 24.01.01. verantwortlich gemacht; sie hat sich jedoch nie zu einer der ihr zugeschriebenen Aktionen bekannt. Durch intensive Maßnahmen der türkischen Strafverfolgungsbehörden in den Jahren 1999/2000 wurde die Organisation nachhaltig geschwächt. Mehrere ihrer Führungskader kamen ums Leben oder wurden inhaftiert, andere flohen in verschiedene europäische Länder, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, die Niederlande und die Schweiz.

Nach vorliegenden Informationen soll sich die **TH in der Türkei**, auch mit Unterstützung von im Ausland lebenden Gefolgsleuten, gegenwärtig **in einer Regenerationsphase** befinden. Dabei verhält sie sich ruhig und **unternimmt keine militanten Aktionen**. Ihr vorrangiges Interesse gilt dem Aufbau neuer Strukturen und der Gewinnung weiterer Sympathisanten.

In den genannten **europäischen Ländern** ist die TH **ebenfalls darum bemüht, sich organisatorisch neu zu organisieren**. In **Deutschland** sind ihr **aktuell mehrere Hundert Anhänger** zuzurechnen. Hinweise auf die Anwendung von Gewalt liegen hier nicht vor, vielmehr scheint die TH sich in erster Linie auf den Ausbau ihrer strukturellen und finanziellen Möglichkeiten zu konzentrieren.

In **Hamburg** gibt es **eine Reihe von TH-Anhängern**, die sich jedoch nicht öffentlich politisch betätigen; ihre **Aktivitäten mit Außenwirkung sind vorwiegend religiös und kulturell geprägt**. Ihr wichtigster Anlaufpunkt ist die **Vahdet-Moschee** am Steindamm.

Beispielhaft für das konspirative Vorgehen der TH war eine **europaweite Saalveranstaltung mit ca. 800 Teilnehmern am 06.04.08 in Bischofsheim**. Obwohl hinter der Veranstaltung eindeutig die TH stand, war dieser organisatorische Hintergrund nach außen kaum erkennbar und ließ sich nur daran festmachen, dass auf einer der TH zuzuordnenden Internetseite über das Ereignis berichtet wurde. Zu den **Rednern** auf der Veranstaltung gehörte **einer der Imame der Vahdet-Moschee und ein hochrangiger IGMG-Funktionär aus Hamburg**.